Dienstag, 12 Dezember 1922. **Einzelnummer 60 Mark.** 61. Jahrgang. **Nr. 280.**

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 1000.—
in den Ausgabestellen 1100.—
durch Zeitungsboten 1200.—
am Postamt 1320.—
ins Ausland 600 deutsche M.

Fernsprecher: 2273. 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

# Posener Tageblatt
## (Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ..... 60.— M.
Reklameteil . . 180.— M.
Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 20.— d. M. „ „ Reklameteil 60.— d. M.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung. Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

# Das neue Staatsoberhaupt.

**Zum Präsidenten der Republik wählte die Nationalversammlung am Sonnabend den gegenwärtigen Außenminister Narutowicz mit 289 gegen 227 Stimmen, die auf den Pariser Gesandten Zamoyski, den Kandidaten des Rechtsblocks, fielen.**

## Der Verlauf der Wahl.

Um 12 Uhr 10 Minuten eröffnete Sejmmarschall Rataj die erste Sitzung der Nationalversammlung. Die Ministerloge war dicht besetzt. Alle Minister mit Ausnahme von Narutowicz waren erschienen. Auch die Diplomatenloge war überfüllt. Es herrschte im ganzen Hause eine sehr aufgeregte Stimmung. Nachdem der Vorsitzende von einzelnen Abgeordneten und Senatoren nachträgliche Eidleistungen entgegengenommen hatte, wandte er sich an die Nationalversammlung mit der Aufforderung, ihre Kandidaturen anzumelden. Es wurden folgende fünf Kandidaturen angemeldet:

1. Beaudouin de Courtenay (Kand. d. nat. Minderheiten),
2. Ignacy Daszyński (Kand. d. Sozialisten),
3. Gabriel Narutowicz (Kand. d. Wyzwolenie-Gruppe),
4. Stanisław Wojciechowski (Kand. d. Volkspartei).
5. Maurycy Zamoyski (Kand. d. Rechtsblocks).

(Trampczyński hatte auf seine Kandidatur verzichtet.)

Bei dieser Kandidatenzahl war es von vornherein klar, daß die Entscheidung erst nach der dritten Abstimmung fallen konnte, da von dieser Abstimmung ab jedesmal derjenige Kandidat, der am wenigsten Stimmen erhalten hatte, für die nächste Abstimmung gestrichen wurde und andererseits bei 5 Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit vor der 4. Abstimmung sehr schwer zu erreichen war. Bei zwei fast gleichartigen Linkskandidaten wie Narutowicz und Wojciechowski (2. Abstimmung 151 gegen 153) wäre es auch ohne die Kandidaten Daszyński und Beaudouin de Courtenay zur 4. Abstimmung gekommen. Es war noch unbestimmt, ob Wojciechowski oder Narutowicz zur Stichwahl mit Zamoyski zugelassen werden würde.

Anfangs waren die Aussichten für Wojciechowski günstiger. In der 4. Abstimmung fielen jedoch die wenigsten Stimmen auf Wojciechowski (146), so daß seine Kandidatur für die 5. und letzte Abstimmung nicht mehr in Betracht kam. Für Narutowicz wurden 171 Stimmen abgegeben. Zamoyski erhielt 224 Stimmen. In der 5. Abstimmung, der Stichwahl zwischen Zamoyski und Narutowicz, unterlag Zamoyski, der viermal die relative Mehrheit erlangt hatte, mit einem Stimmenunterschied von 62.

Das Ergebnis der ersten Abstimmung, die gegen 12½ Uhr begann, wurde gegen 2¼ Uhr verkündet. Für Beaudoin de Courtenay waren 103 Stimmen abgegeben worden, für Daszyński 49, für Narutowicz 62, für Wojciechowski 105, für Zamoyski 222 Stimmen.

Das Ergebnis der zweiten Abstimmung war um 3½ Uhr bekannt: Zamoyski erhielt 228 Stimmen, Wojciechowski 153, Narutowicz 151, Beaudoin de Courtenay 10, Daszyński 1, leere Zettel 4. Die nationalen Minderheiten stimmten fast vollzählig für Narutowicz, während die Sozialisten ihre Stimmen für Wojciechowski abgaben. Witos versuchte darauf vergeblich, einen Teil der Stimmen der nationalen Minderheiten für Wojciechowski zu gewinnen.

Die dritte Abstimmung ergab folgendes Resultat: Es stimmten 545. 3 Stimmen wurden für ungültig erklärt. Absolute Mehrheit 271. Zamoyski erhielt 228, Narutowicz 158, Wojciechowski 151, Beaudouin de Courtenay 5 Stimmen.

Die vierte Abstimmung brachte die Niederlage des Kandidaten der Volkspartei. Witos berief nunmehr eine Sitzung ein, in der er selbst den Vorschlag machte, für Narutowicz zu stimmen. Neun Abgeordnete erklärten sich gegen seinen Antrag.

Die nationalen Minderheiten waren vom zweiten Wahlgang ab ausschlaggebend.

Die letzte Abstimmung der Nationalversammlung hatte dann folgendes Ergebnis: Abgegeben wurden 545 Stimmen; davon waren 29 leer, also ungültig. Somit betrug die absolute Mehrheit 259 Stimmen. Für Narutowicz wurden 289, für Zamoyski 227 Stimmen abgegeben. Narutowicz erlangte also auch die absolute Mehrheit der gesamten Nationalversammlung, die 278 Stimmen beträgt. Für Zamoyski stimmten: der Rechtsblock und ein Teil der Nationalen Arbeiterpartei; für Narutowicz: Sozialisten, Wyzwolenie-Gruppe, ein Teil der Volkspartei, ein Teil der Nationalen Arbeiterpartei, die Okoń-Gruppe, die Stapiński-Gruppe und der Block der nationalen Minderheiten. Die 27 leeren Zettel rührten teils von den Volksparteilern, teils von der Nationalen Arbeiterpartei her.

### Narutowicz nimmt die Wahl an.

Nachdem das Ergebnis der Schlußwahl verkündet worden war, stellte der Vorsitzende Rataj fest, daß Narutowicz die absolute Mehrheit erlangt habe und somit zum Präsidenten der Republik gewählt sei. Gleich nach der Sitzung, die um 7½ Uhr beendet war, begab sich Ministerpräsident Nowak in Begleitung des Senatspräsidenten Trampczyński und des Sejmmarschalls Rataj zum Außenminister Narutowicz, um ihm seine Wahl mitzuteilen. Narutowicz nahm die Wahl an. Seine Vereidigung erfolgt am Montag, dem 11. Dezember, 12 Uhr mittags vor der Nationalversammlung.

### Kundgebungen in Warschau.

Die Wahl Narutowiczs zum Präsidenten der Republik gab zu Kundgebungen in Warschau Anlaß. Die vor dem Sejmgebäude versammelte Menge erwartete mit Ungeduld das Ergebnis der Wahl. Als bekannt wurde, daß Narutowicz gewählt worden war, wurden Rufe laut wie: „Fort mit Narutowicz!“ „Fort mit dem jüdischen Knecht!“ usw. Vor dem „Kurjer Poranny“, wo sich eine fünftausendköpfige Menge versammelte, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei.

Vom „Kurjer Poranny“ bewegte sich ein langer Demonstrantenzug durch die nächsten Straßen der Stadt. Vor der Wohnung des Generals Haller machte der Zug Halt und bereitete dem General eine stürmische Ovation. General Haller zeigte sich der Menge und forderte sie auf, im Kampfe um ein polnisches Polen auszuharren. Vor der Redaktion der „Gazeta Poranna“ sprach der Redakteur Sadzewicz, der zur „Säuberung Polens“ aufrief. Die Menge zerstreute sich dann.

### Der „nationale Block“ übt entschlossene Opposition.

Der parlamentarische Ausschuß des nationalen Blocks hat ein Communiqué veröffentlicht, in dem gesagt wird, daß der Nationalblock angesichts des Wahlergebnisses in entschiedene Opposition tritt und daß die Verantwortung für die Regierung und die Ereignisse im Lande diejenigen Parteien tragen, die gemeinsam mit den Juden, Deutschen, Ukrainern und Weißrussen Narutowicz zum Präsidenten der Republik gemacht haben.

### Die Beglückwünschung des neuen Staatspräsidenten

In den Nachmittagsstunden des Sonntags erschienen verschiedene Persönlichkeiten der diplomatischen Welt, sowohl aus dem Auslande als auch aus Polen, im Außenministerium, um den zum Präsidenten gewählten Außenminister Narutowicz zu seiner Wahl zu beglückwünschen.

### Uebergabe der Regierungsgewalt am Donnerstag.

Am Sonntag nachmittag stattete der neugewählte Staatspräsident Narutowicz dem Staatschef einen Besuch ab, den dieser erwiderte. Während des Besuchs Narutowicz' im Belvedere wurde der Tag der Übergabe der Regierungsgewalt an Narutowicz durch den Staatschef auf Donnerstag vormittag festgesetzt. Bis zu diesem Tage ist noch Piłsudski am Ruder.

### Aus dem Leben des neuen Staatspräsidenten.

Polnische Blätter berichten folgende Einzelheiten aus dem Leben des neuen Oberhauptes der Republik Polen:

Der erste Präsident der Republik Polen Gabriel Narutowicz entstammt einer alten Landadelfamilie, deren Güter im Minsker und Kownoer Gebiet lagen, das sich jetzt außerhalb der Grenzen des polnischen Reiches befindet. Narutowicz wurde im Jahre 1865 in Telsche in Samogitien geboren. Er besuchte das Gymnasium zu Libau, wo er von der Eintrittsklasse bis zur Reifeprüfung Schulkamerad des früheren Außenministers Konstanty Skirmunt war, mit dem ihn bisher enge freundschaftliche Beziehungen verbinden. Im Jahre 1886 absolvierte Narutowicz das Technologische Institut in Petersburg. Darauf reiste er zu weiteren Studien nach der Schweiz und erhielt dort das Ingenieurdiplom der Züricher Hochschule. Nach kurzem Aufenthalt in St. Gallen, wo er ein technisches Bureau leitete, wird er von der Technischen Hochschule Zürich auf den Lehrstuhl für Wasserarbeiten berufen, den er bis zum Jahre 1920 inne hat. Im Jahre 1905 kehrt er, in der Annahme, daß sich die Verhältnisse im russischen Reiche geändert hätten, in die Heimat zurück, in der Absicht, seine Fachkenntnisse und seine Erfahrungen für sie nutzbar zu machen. Die russische Polizei beginnt ihn jedoch wegen einer in polnischer Sprache aufgegebenen Depesche zu schikanieren und zwingt ihn zur Ausreise nach dem Ausland. Dieser Konflikt wegen einer geringfügigen Sache nimmt solchen Umfang an, daß er eine diplomatische Korrespondenz zwischen der Schweiz und dem Petersburger Kabinett hervorruft. Er kehrt nach Zürich zurück, wo er Vorlesungen hält und ein großes Ingenieurbureau gründet, das nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Frankreich und in Spanien seine Arbeiten ausführt. Er erwirbt einen Ruf auf dem Gebiete der Flußregulierung und durch Projekte für Kraftanlagen und wird auf den Posten des Vorsitzenden der sich mit der Ausnutzung der Wasserkraft des Rheines befassenden internationalen Rheinkommission berufen. Im Jahre 1920 hat Professor Narutowicz endlich die Möglichkeit, als Minister der Republik nach Polen zurückzukehren. Władysław Grabski bietet ihm den Posten des Ministers für öffentliche Arbeiten an. Diesen Posten behält Narutowicz im Kabinett Witos und in den beiden Kabinetten Ponikowskis. Als zweiter Delegierter der polnischen Regierung nimmt er an der Genua-Konferenz teil und leistet der polnischen Delegation dank seiner Menschenkenntnis und der Kenntnis des Auslands wertvolle Dienste. Im Kabinett Śliwiński übernimmt er den Posten des Außenministers und behält ihn im Kabinett Nowak. Am Sonnabend wurde er durch die Nationalversammlung auf den höchsten Posten in Polen berufen.

## Pflichten und Rechte des Staatspräsidenten.

§ 2 der Verfassung der Republik Polen sagt, daß das oberste Organ des Reiches — im Bereich der vollziehenden Gewalt — der Präsident der Republik, zusammen mit den verantwortlichen Ministern ist. Auf Grund des § 25 der Verfassung steht dem Präsidenten das Recht zu, den Sejm und den Senat einzuberufen, diese Körperschaften zu eröffnen, zu vertagen und zu schließen. Der Präsident kann den Sejm jederzeit zu einer außerordentlichen Tagung nach eigenem Ermessen einberufen. Er kann den Sejm mit Einwilligung von drei Fünfteln der gesetzlichen Anzahl der Senatsmitglieder auflösen. Der Präsident der Republik ernennt und entläßt den Präsidenten des Ministerrats und auf dessen Antrag die Minister; auf Antrag des Ministerrats besetzt er die in den Gesetzen vorbehaltenen Zivil- und Militärämter. Laut § 46 der Verfassung ist der Präsident zugleich oberster Kriegsherr der bewaffneten Macht des Staates, darf jedoch den Oberbefehl in Kriegszeiten nicht führen. Es steht ihm ferner auf Grund des 47. Artikels der Verfassung das Recht des Erlasses und der Milderung von Strafen sowie des Erlasses der Folgen einer strafgerichtlichen Verurteilung zu. Amnestien hingegen dürfen nur im Wege der Gesetzgebung gewährt werden.

Der Präsident der Republik vertritt den Staat nach außen, empfängt die diplomatischen Vertreter fremder Staaten und entsendet die diplomatischen Vertreter des polnischen Staates nach fremden Ländern. Er schließt Verträge mit fremden Staaten und bringt sie zur Kenntnis des Sejm. Krieg erklären und Frieden schließen kann der Präsident nur nach vorheriger Zustimmung des Sejm.

Das sind die Hauptrechte und Privilegien, die die polnischen Staatsbürger durch ihre Vertreter dem Präsidenten der Republik in der Konstitution vom 17. März 1921 zuerkannt haben.

Nachdem die Wahl des Präsidenten bereits vollzogen worden ist, wie die Nationalversammlung nochmals vom Vorsitzenden — dem Sejmmarschall — einberufen. Zu dieser Versammlung erscheint auch das neugewählte Staatsoberhaupt, das nun auf Grund des 54. Artikels der Verfassung nachstehenden Eid leistet:

„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Dreieinigen und gelobe Dir, polnisches Volk, im Amte eines Präsidenten der Republik, das ich übernehme: die Rechte der Republik und vor allem die Verfassungsgesetze heilig zu bewahren und zu schirmen; dem allgemeinen Wohl des Volkes mit allen Kräften treu zu dienen, alle Übel und Gefahr vom Staate wachsam abzuwenden; die Würde des polnischen Namens unentwegt zu schützen; Gerechtigkeit gegen alle Bürger ohne Unterschied als erste Tugend zu betrachten; den Pflichten des Amtes und des Dienstes mich ganz und ungeteilt zu weihen. So wahr mir Gott helfe und seines Sohnes heilige Marter. Amen.“

Nach geleistetem Eide, worüber ein entsprechendes Protokoll aufgenommen wird, löst der Vorsitzende die Nationalversammlung auf.

Die Übernahme des Amtes durch den neugewählten Präsidenten vollzieht sich in Gegenwart des Sejm- und Senatsmarschalls, sowie des Präsidenten des Ministerrats, der dabei die entsprechenden Protokolle der Nationalversammlung zur Verlesung bringt. Der Akt der Übernahme der Regierungsgewalt durch den Präsidenten wird im Gesetzblatt der Republik bekanntgegeben.

## Die Parteien im polnischen Parlament.

Von der Stärke der einzelnen Parteien im Sejm und im Senate geben folgende Zahlen ein Bild: Im Sejm gehören dem Rechtsblock 169 Abgeordnete an, dem Block der nationalen Minderheiten 84, der Witosgruppe (Piasten) 70, der Wyzwoleniegruppe 48, der sozialdemokratischen Partei 41, der nationalen Arbeiterpartei 18, der Okońgruppe 4, der Stapińskigruppe 2, der Kommunistischen Partei 2, der Śliwińskigruppe 1. Im Senat sind die Zahlen in derselben Reihenfolge der Parteien — folgende: 49, 27, 17, 8, 7, 3. — Der Minderheitenblock hat also in beiden Körperschaften zusammen 111 Vertreter. Davon sind 48 Juden (34 im Sejm, 14 im Senat), 25 Ukrainer (20 und 5), 21 Deutsche (16 und 5), 14 Weißrussen (12 und 2), 3 Russen (2 und 1).

# Ein polnischer Friedenserhaltungsplan.

Die polnische Delegation hat in der Moskauer Abrüstungskonferenz folgenden Entwurf für den Nonagressionspakt vorgebracht:

„Die vertragschließenden Regierungen, die in gleichem Maße von dem Wunsche beseelt sind, den Weltfrieden zu erhalten, und der Überzeugung sind, daß eine materielle Abrüstung eine vorausgehende moralische Abrüstung erfordert, und daß das letztere nur in der Atmosphäre der Sicherheit und des Vertrauens verwirklicht werden kann, haben den Beschluß gefaßt, in dieser Frage einen Vertrag abzuschließen und zu diesem Zwecke Bevollmächtigte ernannt, die nach Austausch ihrer begutachteten in vorschriftsmäßiger Form ausgestellten Vollmachten zu einer Einigung über folgende Bestimmungen gelangt sind, die in nichts die vollkommene Rechtsgültigkeit aller Verträge und Vereinbarungen, die zwischen den unterzeichneten Staaten bestehen, verletzen können.

Art. 1. Alle vertragschließenden Parteien verpflichten sich auf Gegenseitigkeit feierlich dazu, sich innerhalb der Laufzeit dieses Vertrages jeglicher Angriffsaktionen auf den Gebieten zu enthalten, deren Grenzen durch Friedensverträge festgelegt worden sind, die zwischen aneinander angrenzenden Staaten abgeschlossen wurden, wenn solche Verträge schon bestehen, und im Einklang mit dem status quo, wenn solche Verträge noch nicht abgeschlossen wurden.

Art. 2. Alle vertragschließenden Parteien erklärn, daß sie alle Streitfragen und Konflikte, die zwischen den vertragschließenden Staaten entstehen sollten, auf friedlichem Wege entscheiden werden.

Art. 3. Alle vertragschließenden Parteien beschließen, daß, wenn zwischen ihnen außerhalb von Fragen, die durch Friedensverträge entschieden sind, und außerhalb von territorialen Fragen ein Konflikt entsteht, der nicht auf diplomatischem Wege wird geregelt werden können, die Entscheidung einem Schiedsrichter übergeben wird, falls die betreffenden Staaten nicht Mitglieder des Völkerbundes sind. Ein späteres Abkommen wird die Anwendung dieses Artikels im einzelnen regeln.

Art. 4. Wenn innerhalb der Laufzeit des Vertrages unter den Auspizien des Völkerbundes durch einen unterzeichneten Staat ein Vertrag über gegenseitigen Waffenschutz oder über eine allgemeine Abrüstung abgeschlossen wird, bleibt der Vertrag in Kraft, wenn er mit den Bestimmungen des oben erwähnten Sicherungsvertrages oder des Vertrages über eine allgemeine Abrüstung nicht in Widerspruch steht.

Art. 5. Der Beitritt zum Vertrage steht Rumänien frei und mit Zustimmung der vertragschließenden Parteien auch anderen Staaten, die an den Verhandlungen nicht teilgenommen haben.

Art. 6. Der Vertrag wird auf 5 Jahre abgeschlossen und automatisch von Jahr zu Jahr erneuert, wenn er nicht durch einen oder mehrere vertragschließende Staaten 12 Monate vorher gekündigt wird.

Art. 7. Der Vertrag soll vom Parlament oder einer anderen gesetzgebenden Instanz der Signatarstaaten ratifiziert werden.

Art. 8. Die Ratifizierungsurkunden werden niedergelegt, und die Regierung benachrichtigt darüber die anderen vertragschließenden Staaten. Der Vertrag tritt 15 Tage nach Niederlegung der letzten Ratifizierungsurkunde in Kraft, ohne daß der Abschluß des in Art. 3 des Vertrages vorgesehenen Abkommens abgewartet wird.

# Republik Polen.

### Handwerkskammern in Polen.

Von den polnischen Gebieten besitzt Handwerkskammern nur das ehemals preußische Teilgebiet (Posen, Bromberg und Graudenz). In den ehemaligen österreichischen Gebieten bestehen nur Industrie- und Handelskammern, und zwar in Bielitz, Krakau und Lemberg. Man beschäftigt sich mit dem Gedanken auch in dem ehemaligen russischen Annexionsgebiet Handwerkskammern zu errichten, was jedoch infolge entgegengesetzter Bestrebungen auf Schwierigkeiten stößt. Die Handwerker-Abgeordneten hoffen, daß ihnen die Durchführung entsprechender Gesetze im Sejm dennoch gelingen würde.

### Die ukrainischen Abgeordneten aus Wolhynien

haben im Sejm einen Protest wegen der Bedrückung der Ukrainer in den ostgalizischen Wojewodschaften eingebracht. Gleichzeitig hat, wie polnische Blätter mitteilen, das Gericht in Luck sich an den Sejm mit dem Antrage auf Herausgabe der ukrainischen Abgeordneten gewandt, da sie die öffentliche Ruhe und Ordnung störten.

### Die Einziehung Heerespflichtiger in Ostgalizien

Nach einer Meldung aus Lemberg herrscht in den ukrainischen Kreisen Ostgaliziens große Erbitterung über die Anordnung der Wojewodschaftsbehörden, daß sich sämtliche Heerespflichtigen der Jahrgänge 1900 und 1901 im Dezember zum Heeresdienst zu melden hätten, ohne Rücksicht auf Nationalität und Glaubensbekenntnis. Der zuständigen Instanz soll ein allgemeiner Protest aus diesem Grunde überreicht werden.

### Abschluß einer Sanitätskonvention zwischen Deutschland und Polen.

Das Generalsekretariat der polnischen Delegation in Dresden teilt mit, daß es zwischen Polen und Deutschland über den Abschluß einer Sanitätskonvention zu einer Einigung gekommen ist.

## Wojewodschaft Schlesien.

### Die Beerdigung des Wojewoden Rymer

fand am Donnerstag nachmittag in Kattowitz statt. Voraus ging ihr am Vormittag in der St. Marienkirche eine feierliche Requiemmesse, die Pfarrer Dr. Kubina, ein Freund des Verstorbenen, zelebrierte, und um 3 Uhr nachmittags eine Trauerfeier vor dem Sterbehause, nach der von der Freitreppe des Hauses herab Ansprachen gehalten wurden vom Arbeitsminister Darowski im Namen des Ministerrates, von General Szeptycki im Namen der Armee, vom Marschall des schlesischen Sejm Wolny und von den Sejmabgeordneten Wachowiak und Plecha. Die eigentliche kirchliche Trauerfeier fand in der Marienkirche statt. Danach bewegte sich der Trauerzug zum Friedhof, wo Pfarrer Dr. Kubina und der Vizewojewode Żórawski am Grabe sprachen. Der schlesische Sejm ließ am Grabe einen Kranz niederlegen, worauf folgende Widmung angebracht ist: „Joseph Rymer, dem ersten schlesischen Wojewoden gewidmet, geboren und gestorben auf schlesischer Erde, dem fleißigen und unermüdlichen Arbeiter, dem heißen polnischen Patrioten, dem Manne von unbestechlichem Charakter. Der schlesische Sejm verliert in ihm seinen besten Mitarbeiter."

### Neue Eisenbahnlinien in Polnisch-Oberschlesien.

Nach Angaben von maßgebenden Stellen hat die Regierung Kredite für den Bau folgender Eisenbahnlinien in Oberschlesien bewilligt:

1. Für die zweigleisige Linie Chorzow—Scharley in einer Länge von 12 Kilometern 850 Metern zur Umgehung von Beuthen;
2. eine eingleisige Linie Makoschau—Mizerowo in einer Länge von 3 Kilometern 250 Metern zur Umgehung von Gleiwitz;
3. die eingleisige Linie Brzezie—Luszczowa in einer Länge von 12 Kilometern 460 Metern bei Ratibor längs der Oder, um die Verbindung der unterbrochenen Eisenbahnverbindung mit der größten künstlichen Düngerfabrik in Polen, „Ceres", wiederherzustellen.
4. Die eingleisige Linie Warszowice—Cybie in einer Länge von 13 Kilometern 730 Metern zur Wiederherstellung der Verbindung mit dem Teschener Schlesien, da die bisherige Verbindung Dziedzice—Oświęcim nicht ausreicht;
5. die eingleisige Bahnlinie Heiduk—Kochlowitz in einer Länge von 5 Kilometern 350 Metern.

Die allgemeine Länge der neu zu erbauenden Eisenbahnlinien wird 47 Kilometer 640 Meter betragen und die Arbeiten sind der polnischen Baugesellschaft und der Gesellschaft für Ingenieurarbeiten „Tri" übertragen worden. Die Erdarbeiten werden im Frühjahr aufgenommen. Außer diesen Arbeiten wird in allernächster Zukunft der Erweiterungsbau von 11 Bahnhöfen in Polnisch-Oberschlesien geplant. Sämtliche Vorarbeiten sind laut „Kurj. Polski" bereits beendet, und der Bau soll demnächst aufgenommen werden.

### Erhöhung der Zuckersteuer in der Wojewodschaft Schlesien.

Dem schlesischen Sejm liegt ein Regierungsantrag zur Beschlußfassung vor, wonach die Zuckersteuer in der Wojewodschaft Schlesien von 20 000 Mark pro 100 Kilogramm auf 30 000 Mark erhöht werden soll. Diese Erhöhung der Zuckersteuer dürfte für die Wojewodschaft einen mehr theoretischen als praktischen Wert haben, da in Schlesien nur eine einzige Zuckerfabrik, und zwar in Chybi (Teschen-Schlesien) ist, während der Bedarf an Zucker von Posen gedeckt wird, wo die Steuer bereits am 1. November eingeführt ist, so daß die Wojewodschaft Schlesien in Wirklichkeit den höheren Preis jetzt schon zahlt."

### Der Kredit für die oberschlesische Großindustrie.

Der Vizeminister der Finanzen, Fajans, hielt während seiner Anwesenheit in Kattowitz eine Beratung mit Vertretern der Wojewodschaftsbehörden, Dr. Weichmann, dem Vertreter des Bergwerks- und Hüttenverbandes und Vertretern polnischer Banken ab. In dieser Konferenz wurde dazu Stellung genommen, wie der Kredit für die oberschlesische Großindustrie für den Fall der Kündigung der Konvention über die deutsche Mark zu gewähren sei. In der Hauptsache handelte es sich darum, die Höhe des Kredits festzulegen, und darum, in welcher Form der Kredit in der Großindustrie Verwendung finden solle. In dieser Beziehung wurden positive Ergebnisse erzielt, die der Regierung als Richtlinien für ihre weiteren Pläne dienen sollen.

## Der Wortlaut der Geheimverträge zwischen den Staaten der Kleinen Entente und Polen

Die Berliner „Telegraphen-Union" veröffentlicht folgende Meldung: Die Telegraphen-Union ist in der Lage, die während der Marienbader Konferenz der Außenminister der Tschechoslowakei, Südslawiens, Rumäniens und Polens abgeschlossenen Geheimabkommen unter Garantie ihrer Zuverlässigkeit und Authentität im Wortlaut zu veröffentlichten. Es handelt sich hierbei um zwei verschiedene Abkommen, und zwar:

1. um ein neues Geheimabkommen zwischen den Staaten der Kleinen Entente, nämlich Tschechoslowakei, Südslawien und Rumänien, und
2. um ein besonderes Protokoll zwischen Polen und den Staaten der Kleinen Entente.

Das Geheimabkommen zwischen den Staaten der Kleinen Entente lautet im Auszuge: Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, in Gemeinschaft den status quo in Mittel- und Osteuropa aufrechtzuerhalten. Jede Bedrohung einer oder mehrerer der vertragschließenden Parteien durch eine oder mehrere fremde Mächte wird als eine Bedrohung der Gesamtheit dieser Mächte betrachtet. Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich für den Fall des Krieges sich gegenseitig mit allen Mitteln zu unterstützen. Die vertragschließenden Parteien werden sofort ihre Generalstäbe miteinander in Verbindung setzen, um gemeinsam die Mittel, die oben erwähnten Verpflichtungen durchzuführen, zu studieren. Dieses Übereinkommen gilt unkündbar auf fünf Jahre. Marienbad, den 31. August 1922. Gezeichnet: Benesch, Pasitsch, Duca.

Das Protokoll zwischen Polen und der Kleinen Entente lautet im Auszug: Die Unterzeichneten sind zu Marienbad am 31. August 1922 zu einer Beratung darüber zusammengekommen, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen Europas zur Sicherheit und Ruhe ihrer Völker und zur Erhaltung und Konsolidierung des europäischen Friedens zu tun ihnen obliegen müßte. Der Minister des Äußern der polnischen Republik hat bei diesem Anlaß versprochen, auch fernerhin für die Erhaltung des Friedens, und namentlich für die Pflege der friedlichen Beziehungen zur Kleinen Entente einzutreten. Für den Fall aber, daß Polen von einer oder mehreren fremden Mächten angegriffen wird, verpflichten sich die vertragschließenden Parteien, diesen Kampf gemeinsam abzuwehren und sich mit allen ihren Mitteln zu unterstützen. Der Außenminister der polnischen Republik hat sich mit dem den vertragschließenden Mächten der Kleinen Entente zugrunde liegenden Gedanken einverstanden erklärt. Gezeichnet: Benesch, Pasitsch, Duca, Narutowicz.

## Beginn der Londoner Konferenz.

Ministerpräsident Poincaré und Finanzminister de Lasteyrie sind am Freitag in Begleitung des Direktors im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, Perretti della Rocca, des Sekretärs der Botschafterkonferenz, Bressy, und der Sachverständigen Tannery und de Margerie in London eingetroffen.

Poincaré wurde am Bahnhof von Bonar Law und Lord Derby empfangen. Mussolini, der abends um 11 Uhr eintraf, erklärte in einem Interview mit einem Vertreter des Reuterbureaus noch einmal, Deutschland könne zahlen, und die Bürger anderer Länder sollten nicht aufgefordert werden, auf ihre Ansprüche zu verzichten. Bezüglich des Ausganges der Lausanner Konferenz sei er Optimist.

„Daily Telegraph" zufolge hat Japan erneut den Antrag auf Zulassung zur Konferenz gestellt. Bonar Law hat die Premierminister Frankreichs, Belgiens und Italiens auf heute abend zum Essen in kleinem Kreise geladen, an dem auch Bradbury und Derby teilnehmen werden. Die „Times" schreiben, das Hauptziel der Konferenz sei wirtschaftliche Wiederherstellung und nicht die Durchführung von Zwangsmaßnahmen. Sanktionen dürften nur angewandt werden, falls sich die deutsche Regierung weigern sollte, die ihr auferlegten Maßnahmen durchzuführen. Eine Anleihe irgend einer Art sei vollkommen unmöglich, bevor die deutsche Währung stabilisiert sei. „Daily Telegraph" zufolge herrscht in manchen britischen Kreisen eine hoffnungsvolle Ansicht über gewisse Seiten der deutschen Anleihevorschläge, da die neue deutsche Regierung eine Regierung der Industriellen sei. Frankreich sei sich bewußt, daß die Beschlagnahme des Ruhrgebiets und die Übernahme der Rheinlande in eigene Verwaltung bei der britischen öffentlichen Meinung auf Ablehnung stoße, und es wisse auch, daß Amerika sich noch energischer widersetzen würde.

### Die Stimmung in England.

Der Sonderberichterstatter des „Matin" meldet über die Stimmung in London, es sei besser, sofort zu sagen, daß die Aussichten, daß England und Frankreich sich diesmal in der Reparationsfrage einigten, gering seien. Das britische Reich habe sich nicht wesentlich geändert, seitdem es seinen politischen Leiter gewechselt habe. Die Engländer erklärten, Deutschlands finanzielle Existenz hänge nur noch an einem Zwirnsfaden. Wollten die Franzosen mit dem Schwert diesen Zwirnsfaden durchhauen, dann setze man sich der Gefahr aus, eine wirtschaftliche Katastrophe über ganz Europa heraufzubeschwören. Die einzige Chance, vom Schuldner etwas herauszuschlagen, sei, ihm die Hand zu reichen und ihn wieder auf die Beine zu stellen. Man verlange in England ein Moratorium von zwei bis drei Jahren, strenge Überwachung der deutschen Ausgaben, eine Verpflichtung, die Banknotenpresse anzuhalten, wesentliche Herabsetzung der deutschen Reparationsverpflichtung und Zurückstellung der Prüfung des Annullierungsplanes der interalliierten Schulden und der Auflegung einer großen Reparationsanleihe für eine bessere Zeit.

### Der erste Tag.

London, 10. Dezember. (PAT.) Der erste Tag der Beratungen der Koalitionsminister endigte mit Hinterlassung eines sehr günstigen Eindrucks. Wie es scheint, kann ein günstiges und schnelles Ergebnis erwartet werden. Der französische Standpunkt läßt sich im allgemeinen dahin fassen: Ein Zahlungsaufschub kann Deutschland höchstens auf zwei Jahre gewährt werden, und auch dann nur in bezug auf die Barzahlungen. Was die Zahlungen in Natura anlangt, so sollen sie weiterhin in vielleicht etwas vermindertem Umfange geleistet werden. Das Deutsche Reich muß dann die Sanierung der Finanzen und vor allen Dingen die Stabilisierung der deutschen Mark durchführen. Das Projekt sieht die Gewährung eines Kredits in Höhe von 500 Millionen Goldmark vor. Zu dieser Summe würde eine gleiche aus der Reichsbank hinzukommen. Außerdem berührt das Projekt die Frage der 25prozentigen Abzahlung vom Wert des deutschen Exports, die Frage der Zollgebühren sowie der Grubenkontrolle im Ruhrgebiet.

Mussolini überreichte der Konferenz eine Note, in der er sich dahin äußert, daß man Deutschland zur Zahlung der

### Danziger Frühkurse vom 11. Dezember.

| | |
|---|---|
| Die polnische Mark in Danzig | $49\frac{1}{2}$ |
| Der Dollar in Danzig | 8400 |

Tendenz: fest.



# Sidi Marik.

Roman von L. vom Vogelsberg.

(17. Fortsetzung.) 

Doch schon bei den ersten Zelten trennte sich die Gesellschaft; die beiden Herren bogen nach rechts ab. Madame und Jeanette nach links. Monsieur schien gar nicht unwillig darüber zu sein, daß ihn Madame verließ. Er warf ihr noch einen zärtlichen Blick nach, wie sie in ihrem blauen spitzenflatternden Kleid über den grünen Boden trippelte — sie sah jetzt in dieser Umgebung geradezu verrückt aus — und schloß sich dann beruhigt Herrn Kronenstein an. Ganz in ihrer Nähe hielt sich auch Sidi Marik auf. Seine Stimmung hatte sich nicht gebessert. Er rang immer noch mit dem Gedanken, wie es möglich war, daß der Wind ausgerechnet in diesem Teil der Sahara solch eine Gesellschaft wehen konnte. Es sah fast wie ein schlechter Witz aus einem noch schlechteren Lustspiel aus. Sah er aber den sonderbaren Unternehmungsgeist in den Gesichtern der zwei Beobachteten, so konnte unter Umständen auch ein Trauerspiel daraus werden. Denn das Blut hier unten war heiß und die Unverschämtheit der Fremdlinge offenbar noch größer als ihre Sünden. Sidi Mariks Ahnung trog ihn nicht. „Die Gesellschaft glaubt wohl bei Hagenbeck auf einer Völkerschau zu sein," knurrte er; denn die Herren vergnügten sich alsbald damit, hier und da in ein Zelt hineinzulugen, und als das nicht recht zum Erfolg führen wollte, das Zelttuch auseinanderzuziehen, um einen besseren Einblick zu gewinnen. Im ersten Augenblick erschrak Sidi Marik heftig, als er dieses Verfahren sah, denn nichts nimmt der Rechtgläubige mehr übel, als einen unbefugten Blick in seinen Harem, wenn er auch wie fast immer, nur eine einzige Gattin hat. Und die Beni Humajun machten erst recht keine Ausnahme von der Regel. Der Dragoman wagte offenbar nicht, einzuschreiten, aber die Angst war ihm deutlich ge[illegible] anzusehen. Da trat Sidi Marik rasch auf ihn zu und fl[illegible]te

„Kennst Du das Gebot des Propheten nicht, o Fremder, daß Du Sünde geschehen läßt." Der Algerier glotzte ih[m] mit verzweifelten Augen an.

„Es sind meine Herren, o Freund, möge sie der Teufel holen!"

„Vergiß nicht, o Sohn des Gerechten, daß hier der Schech der Herr ist." Ein bezeichnender Blick begleitete die Worte. Dem Biedermann drangen die Augen aus dem Kopf wie einem gestochenen Kalb.

„Komm, o mein Freund," bat er stammelnd, „und hilf mir, diesen Hunden die Gebote des Propheten — möge er alle Feringi vernichten! — beizubringen!" Seine Worte überhasteten sich vor Empörung, so daß ihn seine beiden Schutzbefohlenen erst gar nicht verstanden. Herr Kronenstein der den Schwall zwar nicht verstand, wohl aber seine Bedeutung ahnte, war ein wenig betreten, wenn auch nicht überzeugt. Monsieur Beaulieu dagegen flammte in heller Empörung auf.

„Ah, mon ami, was sind das für Redensarten?! Hast Du vergessen, daß wir die Herren des Landes sind? Daß ich hingehen kann, wohin ich will und tun und lassen kann, was ich will." N'est ce pas ma patrie ici? Ich werde mich beschweren beim Residenten über Deinen schlechten Patriotismus, compris? Und nun laß uns in Ruhe". Der Dragoman war von diesem Sturzbad ganz begossen. Er sah sich betreten nach seinem neugefundenen Freund um. Sidi Marik stand „echt" da, schnitt ein gleichgültiges Gesicht und dachte nur: „Ich brauche jetzt bloß Khairuan zu sagen, dann habt Ihr den Salat, Ihr Affen." (Khairuan, die „heilige Stadt," wurde durch die Franzosen profaniert. Die Erinnerung daran macht heute noch viel böses Blut unter den Eingeborenen)." Aber statt dessen mahnte er noch einmal:

„Warne Deine Freunde, denn die Hand der Beni Humajun ist rasch." Auch das wurde wortgetreu übersetzt und in eindrucksvolle Gesten gekleidet. Infolgedessen schien sich auch Monsieur zu besinnen, im Hinblick darauf, daß ihm die stolz geblähte Trikolore hier unten doch nicht so ganz ausgiebig den erwarteten Schutz gewähren könnte. Wenigstens ließen die beiden die Zeltguckerei vorläufig. Unweit des Schauplatzes dieses kleinen Zwischenfalls hockte Er Rahman im Schatten seines Zeltes. Er hielt Kef (beschauliche Ruhe), war mit sich und der Welt zufrieden und drückte regungslos seinen braunen Buckel gegen die Zeltwand, während feine Wölkchen seiner Pfeife entquollen. Ein schönes Dolchmesser arabischer Altkunst, irgendwo gestohlen oder von irgendwem geschenkt, lag neben ihm. Auf dieses Messer fiel der Blick Monsieurs von ungefähr, und schon stürzte er wie ein Habicht darauf los und riß es an sich. Er Rahman, der so grausam in seiner Ruhe gestört war, sah den verrückten Ferengi an wie einen Hammel mit goldenen Hörnern. Dann aber stand er gelassen auf und nahm ihm den Dolch wieder aus der Hand. Monsieur bekam einen Wutanfall, griff in die Tasche und warf Er Rahman ein Fünffrankenstück hin. Der Araber schob die Waffe in den Burnus, stieß das Geldstück mit dem Fuß fort und ließ sich wieder nieder, als sei nichts geschehen. Kronenstein hatte die Szene sehr gespannt beobachtet. Jetzt drückte er dem Araber zwei Fünffrankenstücke in die Hand und suchte ihm mit einer vertraulichen Bewegung das begehrte Stück aus dem Burnus zu ziehen. Er Rahman rollte ein paarmal wild die Augen; entsetzt ließ Herr Kronenstein blitzschnell die Waffe los, und die schönen silbernen Geldstücke flogen ihm ins Gesicht. Sidi Marik hatte seine wahrhafte Freude an der Szene. Einmal kannten allerdings die Beni Humajun den Wert des Geldes nach europäischen Begriffen nicht; dann aber hatte er dem Schech geraten, jeden Verkauf im Duar zu verbieten, damit nicht politische oder handeltreibende Abenteurer auf die Spur gebracht würden. In etwas unbehaglicher Stimmung setzten die Drei ihren Weg fort, und Herr Kronenstein wäre jetzt gern unter sein Zelt zurückgekehrt, wenn er seine Gattin dort nicht mit Bestimmtheit vermutet hätte. Er liebte sie zwar und hoffte sie im kommenden Jahr als echte Kommerzienrätin zu sehen, aber ihre aus dem Gleichgewicht gebrachte Gemütsart sagte ihm hier noch weniger zu als daheim. Ja, die halbwegs sichere Entfernung, die er zwischen sich und seiner Gattin wußte, ließ ihn sogar hier im afrikanischen Sand seiner alten lieben Gewohnheit wieder getreu werden, und er formte sie in das so ziemlich winzige französische Wort, das er kannte: „Femme..."

(Fortsetzung folgt.)

Entschädigungen zwingen und im Falle der Gewährung eines Zahlungsaufschubs größere Garantien fordern müsse. Außerdem forderte Mussolini Erhöhung des prozentualen Anteils Italiens an den deutschen Zahlungen und die Ausgabe einer internationalen Anleihe zur Regelung der Entschädigungen.

Bonar Law ist der Meinung, daß die Aufrechterhaltung eines herzlichen Einvernehmens unter den Alliierten eine Frage von größter Bedeutung ist.

### In der Erwartung der deutschen Vorschläge.

**Paris**, 10. Dezember. Die Mitteilungen französischer Blätter über die neuen deutschen Reparationspläne finden hier lebhaftes Interesse. „Wir müssen den Kanzler Cuno loben," schreibt „Nouvelle", weil er positive Anstrengungen macht, dem berechtigten Verlangen der Alliierten zu entsprechen." Der „Temps" will abwarten, spricht aber die Ansicht aus, daß der Plan des Dr. Cuno zu spät kommt, um aufrichtig zu sein. Die Mitteilung der gestrigen Abendblätter, daß der Pariser Botschafter der Vereinigten Staaten, Myron T. Herrich, nach London abreisen wird, ist unrichtig. Herrich bleibt in Paris. Nach einer Mitteilung des Londoner Korrespondenten des „Petit Parisien" haben am Freitag die drei in London anwesenden Botschafter der Vereinigten Staaten eine längere Beratung mit dem Senator Modill Mac Cormick gehabt. Einige Zeitungen melden aus London, es sei dort die Nachricht eingetroffen, daß am Sonnabend oder Sonntag ein neuer deutscher Plan für die Reparationen in London vorgelegt werden soll, wahrscheinlich in Gestalt eines Schreibens des Kanzlers Cuno. Die Neuigkeit wird nach dem „Matin" sympathisch beurteilt. Poincaré hat gesagt: Warten wir ab, bis dieser Plan eingetroffen ist.

## Lloyd George gegen Clemenceau und Poincaré.

Der „Daily Chronicle" und eine Reihe anderer führender Weltblätter, darunter als einziges deutsches Blatt die „Deutsche Allgem. Zeitung", bringen einen Artikel Lloyd Georges, der gerade an dem Tage erschien, als Poincaré und die übrigen alliierten Minister in London ankamen. Der frühere Premier greift zunächst Clemenceau an wegen seiner Propaganda in den Vereinigten Staaten und dem Vorwurf, daß England einen Wortbruch begangen habe, indem es noch kein Abkommen geschlossen habe, das Frankreich gegen einen deutschen Angriff sichere. Lloyd George weist in seinem Aufsatz darauf hin, daß er als Premier dem französischen Ministerpräsidenten Briand das schriftliche Angebot eines Garantieabkommens gemacht habe, und zwar zur Zeit der Konferenz von Cannes. England habe diese Bereitwilligkeit geäußert, um Frankreich jeden Vorwand zur Annexion des Rheinlandes zu nehmen. Briand habe das Angebot begrüßt und sei einer ruhigen Betrachtung der europäischen Schwierigkeiten geneigt gewesen. Die Beratungen seien günstig fortgeschritten, und man hätte vielleicht binnen einer weiteren Woche Ergebnisse erzielt. „Aber Satan hat in Europa noch nicht ausgespielt. Eine Ministerkrisis in Frankreich schmetterte unsere Hoffnungen zu Boden. An der Schwelle der Erfüllung wurde die Konferenz abgebrochen." Poincaré habe Großbritanniens Angebot, allein den Garantiepakt für Frankreich zu übernehmen, mit Verachtung zurückgewiesen. Man erklärte französischerseits mit brutaler Offenheit, ohne eine Militärkonvention werde er nutzlos sein. Somit hätte Herr Clemenceau nicht in Neuyork Anklagen gegen Engländer, sondern in Paris solche gegen Männer seiner eigenen Rasse richten müssen. Auf der Genua-Konferenz habe die französische Regierung die Rolle eines tadelsüchtigen Kritikers gespielt und bei jedem Hindernis gedroht, die Sache im Stich zu lassen. Man wollte unter dem höhnischen Gelächter Frankreichs das übrige Europa seine Last weiter schleppen lassen. Barthou hatte die loyalsten Absichten, wurde aber von Paris aus auf jedem Schritt behindert. Er empfing während der Dauer der Konferenz 800 verschiedene Depeschen und Mitteilungen. Der Vorwurf Clemenceaus, England habe sein Wort gebrochen, sei völlig unbegründet. Poincaré habe das englische Angebot einer Garantie gegen einen deutschen Angriff abgelehnt. Der Grund sei darin zu suchen, daß Frankreich die Absicht habe, nach dem Ablaufen der Besetzungsfristen den Rückzug vom Rhein nicht anzutreten. Das aber bedeute eine schreckliche Bedrohung für den Frieden Europas, denn Deutschland könne keinenfalls die Provinzen links vom Rhein, die nach Rasse, Sprache, Überlieferung und Sympathien unbedingt deutsch sind, aufgeben. Also sei es nur eine Frage der Zeit und der Umstände, daß der unvermeidliche Befreiungskrieg beginnen werde, wenn Frankreich die Rheinlande annektiere. Auch Amerika müsse an dieser Frage tätigen Anteil nehmen, und es habe ein Recht dazu, denn nicht weit vom Rhein gebe es Gräber, in denen Männer schlummern, die vor noch nicht sechs Jahren von den Ufern des Mississippi kamen, um Frankreich zu verteidigen.

Der Artikel Lloyd Georges erregte heftige Wut in Pariser chauvinistischen Kreisen. Das „Journal" bezeichnet Lloyd George als agent provocateur der deutschen Revanche und nennt das Erscheinen des ersten Artikels, dem noch weitere folgen sollen, gerade an dem Tage, da Poincaré nach London geht, ein gewolltes Zusammentreffen.

### Der Verteidigungsversuch Poincarés.

**Paris** 10. Dezember. Das „Journal" berichtet aus London über eine Unterredung mit Poincaré betreffs der Artikel Lloyd Georges. Poincaré erklärte, daß er fest entschlossen sei keine Unwahrheit ohne Protest zu lassen, und fügte hinzu: „Wie ich erfahren habe, macht mich Lloyd George für den Nichtabschluß des englisch-französischen Garantiepaktes verantwortlich. Er hat vergessen, daß er auf die berechtigten positiven Vorschläge die ich ihm wiederholt machte, niemals geantwortet hat. Das „Journal" bemerkt außerdem, daß Frankreich nicht nur weit davon entfernt gewesen sei, die Genuakonferenz zu „torpedieren", sondern daß es die Konferenz selbst nach dem provozierenden Zwischenfall mit dem Rapallovertrag und auch nicht nach Anhören der Tschitscherinschen Phantasien abgebrochen habe. Die Russen waren es, die die Annahme des gefährlichen Kompromisses ablehnten dessen Unterzeichnung Frankreich nicht ablehnte, um nicht die Entente zu sprengen. Die Russen waren auch diejenigen die auf der Konferenz im Haag von neuem Beweise für den Mangel an gutem Willen ihrerseits erbrachten.

## Die Konferenz von Lausanne.

### Weitere Konzessionen an die Türken.

**Lausanne**, 10. Dezember. Die Alliierten nahmen am Sonnabend die türkische Note über die Meerengenfrage teilweise an. Die Alliierten erklären sich beispielsweise damit einverstanden, daß das Marmarameer nicht in das Gebiet der geplanten Entmilitarisierungszone einbezogen wird. Auch mit den Truppenbewegungen durch die entmilitarisierte Zone sind sie einverstanden. Die Alliierten stimmen ferner der Erhaltung des Arsenals in Konstantinopel zu.

### Bramarbasieren der Griechen.

**London**, 10. Dezember. Der „Daily Expreß" meldet aus Athen, daß der Oberbefehlshaber der griechischen Armee erklärt hat, daß das griechische Heer im Falle des Abbruchs der Friedensverhandlungen bereit sei, gegen die Truppen der Kemalisten vorzugehen.

### Begrenzung der türkischen Streitkräfte in Europa.

**Lausanne**, 10. Dezember. Wie verlautet, fordern die Alliierten von der Türkei, daß sie die Verpflichtung eingeht, daß die türkischen Streitkräfte in Europa unter keinen Umständen die Streitkräfte Bulgariens übersteigen dürfen. Was die türkischen Truppen in Anatolien anbelangt, so sind in dieser Beziehung keine besonderen Vorbehalte vorgesehen.

### Vorgesehene Weihnachtspause der Konferenz.

**Lausanne**, 10. Dezember. Aus unterrichteter Quelle verlautet, daß die Friedenskonferenz über den nahen Osten in der Zeit vom 23. Dezember bis zum 3. Januar 1923 nicht tagen wird.

## Die Politik Amerikas.

### Hardings Botschaft an den Kongreß.

Reuter meldet aus Washington vom 8. Dezember: In seiner Botschaft an den Kongreß verwies Präsident Harding auf die allgemeine Lage der Welt und führte aus, die Wiederherstellung der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung habe kaum begonnen.

Über die auswärtigen Angelegenheiten sagte der Präsident das Land habe seinen Einfluß in weitem Maße dazu verwandt, bewaffnete Konflikte weniger wahrscheinlich zu machen. Die Vereinigten Staaten hätten volle Kenntnis von den Anstrengungen die die Welt zum Zweck der Wiederherstellung unternähme. Dieser Verpflichtung, die Amerikas Idealen entspreche und durch die amerikanische Regierung form geschaffen worden sei, werde die Regierung bereitwillig nachkommen.

Indessen müßte jeder Nation gestattet sein auf eigenen Füßen vorwärts zu gehen. Andernfalls sei ihr internationaler Wert nur gering. Die Welt befinde sich noch immer in einer großen Krise, und es sei keine bloße Redensart, wenn man sage, daß unsere Zivilisation jetzt auf die große Probe gestellt werde.

„Wir verlangen von niemandem daß er die Verantwortung für uns übernehme und wir übernehmen auch keine Verantwortung die die anderen selbst tragen müssen. Denn andernfalls werden die Nationen hoffnungslos im Internationalismus versinken."

Zum Schluß sagte Harding, der Krieg habe Amerika zu einer Gläubigernation gemacht.

„Wir haben nicht danach gestrebt, einen übertriebenen Teil des Goldes der Welt zu haben; wir trachten nicht danach, ein internationaler Diktator zu werden. Wir werden uns freuen, die Währungssysteme wieder herzustellen, den Handel in jeder Beziehung zu erleichtern, aber nur so daß wir nicht auf die Stufe derer herabsinken die wir emporzuheben suchen."

### Vor dem panamerikanischen Kongreß.

**Washington** 9. Dezember. Die allamerikanische Konferenz, die in Santiago de Chile zusammentritt, soll ein umfassendes Programm erörtern, das gestern von der allamerikanischen Union angenommen wurde. Unter den 19 Punkten des Programms befinden sich die zehn Empfehlungen der Vereinigten Staaten hinsichtlich gemeinsamer Abmachungen in Handelsfragen. Uruguay empfiehlt die Schaffung einer Liga der amerikanischen Nationen. Außerdem soll eine gemeinsame Politik in auswärtigen Fragen betrieben werden. Chile empfiehlt die Herabsetzung der Rüstungen. Staatssekretär Hughes präsidierte der gestrigen Sitzung, die dieses Programm annahm. Die Vereinigten Staaten schlagen ferner eine internationale Gesetzgebung für Eisenbahnen, für den Handel sowie für die Handelsschiffahrt vor. Die Vertreter der zentralamerikanischen Staaten hielten ihren Kongreß in Washington ab, doch mußte ein Beschluß über ihre etwaige Vereinigung bis zur heutigen Sitzung vertagt werden.

## Deutsches Reich.

### Absendung der beiden deutschen Antwort-Noten.

Die Antwortnote der Reichsregierung auf die Note der Botschafterkonferenz betreffs der Zwischenfälle in Passau und Ingolstadt ist Sonnabend abgesandt worden. Die Antwortnote auf die Mitteilungen der Alliierten betreffs Umwandlung der Militärkontrollkommission in ein militärisches Garantiekomitee hofft man bis Sonntag abend fertigstellen zu können.

Der deutschen Oeffentlichkeit werden die Noten nicht vor Montag bekanntgegeben, da die Reichsregierung streng an der diplomatischen Gepflogenheit festhalten will, eine Veröffentlichung der Noten erst vorzunehmen, nachdem sie in die Hände der Gegenseite gelangt sind.

### Deutschlands Ostpolitik.

Der Ausschuß des Reichstages für auswärtige Angelegenheiten trat Sonnabend vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Stresemann zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand u. a. die Frage einer Ausdehnung des Rapallovertrages auf die übrigen Oststaaten. Vom Auswärtigen Amt waren anwesend der Minister des Aeußern Dr. Rosenberg und der Leiter der Ostabteilung Ministerialdirektor v. Maltzahn.

In einer längeren Rede legte Minister v. Rosenberg seine Auffassung über die zur Debatte stehende Frage dar. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten v. Rheinbaben (D. Vp.), Hoetzsch, (D. Nat.), Breitscheid (Soz.), Koenen (Komm.), Graf Bernstorff (Dem.) und der frühere Reichskanzler Dr. Wirth (Zentrum).

Im Anschluß daran gab Minister v. Rosenberg einen Überblick über die außenpolitische Lage und erörterte die Aufgaben, die der Reichsregierung daraus erwachsen, in großen Zügen. Eingehendere Mitteilungen behielt er sich vor. Die Reichsregierung hoffe, diese Mitteilungen in der nächsten Woche geben zu können. Weiter beleuchtete der Minister die befristeten Forderungen, die die Entente wegen der Umwandlung der Militär-Kontrollkommissionen in Garantiekomitees und wegen der Vorfälle in Passau und Ingolstadt jüngst gestellt hat.

Nach einer Rede Helfferichs vertagte sich der Ausschuß gegen $2\frac{1}{3}$ Uhr um eine Stunde.

** **300 Milliarden für die Brotversorgung.** Der Reichsfinanzminister soll ermächtigt worden sein, Schatzanweisungen in Höhe von 300 Milliarden Mark herauszugeben. Diese Summe wird für den Einkauf von Auslands- und Inlandsgetreide zur Versorgung der Bevölkerung bestimmt werden. Die Deckung soll in den durch den Verkauf des Getreides erzielten Summen bestehen.

** **Ein Brief ab 15. Dezember 25 Mark.** Der Reichsrat nahm die Erhöhung der Postgebühren zum 15. Dezember an. Der Berichterstatter der Ausschüsse, braunschweigischer Gesandter Boden, betonte, daß zurzeit das Defizit der Postverwaltung sich schon auf etwas über 120 Milliarden belaufe. Die Gebühren müßten weiter erhöht werden, so bedauerlich das auch erscheine. Der schon tatsächlich eingetretene Verkehrsrückgang zeige stellenweise erschreckende Zahlen, darum sei man jetzt nicht so weit gegangen, daß die volle Abbürdung des Defizits gewährleistet würde, denn das würde zum Beispiel ein Briefporto von 50 Mark bedeuten. Darum sei man einstweilen bei einem mittleren Satz stehen geblieben. Von den bereits bekannten Beschlüssen des Verkehrsbeirats, die im allgemeinen auf eine Verdoppelung der bestehenden Sätze hinausgehen, sind die Ausschüsse des Reichsrats nur in zwei Punkten abgewichen. Mit Rücksicht auf die bei der Industrie noch vorhandenen umfangreichen Bestände sollen Ansichtspostkarten wie bisher behandelt werden. Bei den Fernsprechgebühren ist vom Verkehrsbeirat nur ein Teuerungszuschlag von 2000 Prozent vorgeschlagen worden.

** **Neuer Tarifabschluß im Bankgewerbe.** Wie der Allgemeine Verband der Bankangestellten mitteilt, haben die Tarifverhandlungen zwischen dem Reichsverband der Bankleitungen und den Angestelltenorganisationen zu einem Abkommen geführt, das von allen beteiligten Verbänden angenommen worden ist. Die auf Grund dieses Abkommens geleisteten Zahlungen sind seitens der Banken tunlichst bis zum 16. Dezember zu bewerkstelligen.

** **Der Schauspielerstreik in Berlin beendet.** Der Deutsche Bühnenverein teilt mit: Nach 12stündigen Verhandlungen, die gestern im Gebäude der Deutschen Gesellschaft unter Vorsitz des geschäftsführenden Direktors des Deutschen Bühnenvereins, Rechtsanwalt Arthur Wolf, stattfanden, wurde Freitag nach ½12 Uhr der Friede zwischen den Berliner Bühnenleitern und den streikenden Schauspielern unterzeichnet. Der Streik ist offiziell vom Sonntag, dem 10. d. Mts. ab, beendet. Es werden aber bereits am Sonnabend alle Bühnen spielen. Das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen ist, daß die Schauspieler für November eine Mindestgage von 50000 Mark — sie hatten 62 000 Mark gefordert — und für Dezember, falls die Teuerung um 100 Prozent steigt, eine Gage von 80000 Mark erhalten. Außerdem bekommen die Schauspieler für November eine außertarifliche Zulage von 5000 M. bzw. 10 000 M. für Dezember. Das Abkommen ist bis zum 31. März getroffen und dahin geregelt, daß die mittleren und höheren Gagen entsprechend der Indexziffer auf ein Grundgehalt von 22 000 bzw. 30 000 M. Teuerungszuschläge erhalten. Die Streiktage werden nicht bezahlt.

** **Die Sonderbündler in Hannover noch immer am Werk.** Der „Hannoverschen Landeszeitung" wird geschrieben: Berliner Blätter veröffentlichten am Donnerstag, 7. Dezember, vormittags eine Mitteilung, nach welcher der Antrag der Deutschhannoverschen Partei auf Abstimmung in den Regierungsbezirken Stade und Lüneburg vom Reichsminister des Innern wegen Formfehler abgelehnt sei. Demgegenüber ist zu bemerken, daß der Antrag erst am Donnerstag, 7. Dezember, 12 Uhr, überreicht ist. Das Reichsministerium erklärt, daß es allen Veröffentlichungen fernsteht.

## Freistaat Danzig.

### Die Exterritorialität der Hafenausschußmitglieder.

Aus Anlaß der Mißhelligkeiten, die sich vor einigen Wochen in bezug auf die Steuerfreiheit der polnischen Hafenausschußmitglieder ergeben hatten, fand am 24. November 1921 beim Hohen Kommissar des Völkerbundes eine Besprechung zwischen Vertretern der Danziger und der polnischen Regierung statt, bei der folgende Abmachungen getroffen wurden:

Der Präsident des Hafenausschusses genießt diplomatische Vorrechte und Steuerfreiheit sowohl in Polen wie in der Freien Stadt.

Die polnischen Hafenausschußmitglieder sollen diplomatische Vorrechte und Steuerfreiheit auf dem Gebiete der Freien Stadt, die Danziger Hafenausschußmitglieder innerhalb Polens genießen.

Die Beamten und Angestellten der polnischen Delegation des Hafenausschusses genießen die gleichen Rechte, die durch ein am 7. Mai 1921 in Genf geschlossenes Abkommen den Beamten und Angestellten der Republik Polen in Danzig zugesichert sind.

Über die Beamten und Angestellten sowie über die Unverletzlichkeiten der Bureaus und Archive des Hafenausschußpräsidenten soll der Präsident selbst Vorschläge ausarbeiten, die von beiden beteiligten Regierungen geprüft werden sollen.

## Aus aller Welt.

**Die Kommission für die Verteilung der Schulden der früheren habsburgischen Monarchie** hat in Paris am Sonnabend beraten und den Bericht des Sachverständigenausschusses über die Schuldenverteilung entgegengenommen. Wie verlautet sollen 36 Prozent an Österreich, 42 Prozent an die Tschechoslowakei fallen und der Rest von 22 Prozent unter Südslawien und Polen verteilt werden.

**Bauernrevolution in Bulgarien.** Belgrader Blättern zufolge sollen Massenaufgebote von regierungstreuen Bauern in Sofia eine Reihe von Lokalitäten, die Räume des demokratischen Klubs und viele Häuser gestürmt haben. Zahlreiche jüdische Kaufläden wurden von der Menge geplündert. Bei den entstandenen Kämpfen soll es zahlreiche Tote und Verwundete gegeben haben. Die französische Gesandtschaft wurde vollkommen demoliert. Der französische Gesandte soll bereits Sofia verlassen haben.

**Pasitsch mit der Kabinettsneubildung betraut.** Der König hat Pasitsch erneut mit der Kabinettsbildung beauftragt. Die liberale Parteigruppe Velikovic beschloß, aus der demokratischen Partei auszuscheiden, die dadurch 30 Abgeordnete verliert. Die Radikalen stellen besondere Bedingungen für ihre Teilnahme an der Regierung.

Für die uns anläßlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten und Glückwünsche sagen innigen Dank

**Emil Ritter und Frau Kläre**
geb. Mattulke

Gleichzeitig allen Bekannten ein herzliches Lebewohl!

**Kläre Ritter.**

Swarzędz, den 12. Dezember 1922.

---

Für alle aus Polen
**auswandernden Deutschen**
werden [9771
**Heimatscheine u. Einbürgerungsrecht**
prompt besorgt durch
**C. B. „Express“,** Bydgoszcz, Jagiellońska 70.
Zweiggeschäft Schneidemühl: Bismarckstr. 16, Bahnhof Posener Straße 17.

---

## Bücher und Zeitschriften.

Zur Anschaffung bestens empfohlen:

W. de Nora, Die Täuscher. Ein Bauernroman aus Schwaben.
Scott, Ein Stückchen Seide. Original Roman.
Claus, Der Mensch und sein Wesen.
Schlosser, Aus dem Leben meiner Mutter.
Deutscher Jägerkalender 1923.
Netto, Herbst. Roman.
Bartels, Geschichte der deutschen Literatur.
Dr. Wulffen, Der Sexualverbrecher.
Brazil, Die Satanspuppe.
Ullstein-Alben. Jugend- und Kinderkleidung — Buntstickerei — Masken.
Festgabe zum 60. Geburtstage Gerhart Hauptmanns.
Goebeler, Das Haus der Blankenfelds.
v. Schmid, Frau Helga und ihre Kinder.
v. Sien, Taian, der große Friede.
Nadler, Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften.
German, Der Paulusjünger. Drama.
Buber, Die Geschichte des Rabbi Nachmann.
Joller, Das neue Sagenbuch.
Schiff, Die Dame und der Landstreicher. Roman.
Ehlers, Praktische Wetterkunde.
Preuß, Neuzeitliche Geflügelzucht.
Holdefleiß, Landwirtschaftliche Taxationslehre.
Möller, Hufpflege, Hufschutz und Beschlag.
Katholikon, III. Band. Augustinus. Ein Lehrbuch aus seinen Werken.
Die neue Devisenordnung.
Csörd, Die Frauen und ihr Kuß im Urteil der Dichter und Denker.
Hünefeld, Der Kronpinz im Exil. Stimmungsbilder aus Holland.
Jansen, Der Waldspringer. Roman in 3 Teilen.
Rau, Ein neudeutsches Weihnachtsspiel. Unter Benutzung alter und neuerer Lieder.
Blumhardt, Vom Reich Gottes. Aus Predigten und Andachten ausgewählt.
Keller, Die Leute von Seldwyla. Band 1/4. —
Oesler's Geschäftshandbuch. Die kaufmännische Praxis.
Erichsen, Sinnliches, Übersinnliches. Eine gemeinverst. Darstellung der ges. okkulten Probleme der Gegenwart und ihre Lösung auf wissensch. Grundlage.
Lippmann, Anlage und Betrieb der Sägewerke.
Steinitzer, Die fünf Don Juans und andere Narreteien.

Zeitschriften:

Neue Musikzeitung von Dr. Holle.
Die katholischen Missionen. Illustr. Monatsschrift.
Farbenzeitung. Fachblatt der Lack-, Farben- und Leim-Industrie.
Die photogr. Industrie. Fachblatt für Fabrikation und Handel aller photogr. Bedarfsartikel.
Europäische Modenzeitung.
Zeitschrift der Öl- und Fettindustrie.
Deutsche Schirmmacherzeitung.
Die Lehrerin, Organ des allgemeinen deutschen Lehrerinnenvereins.

Wir vermitteln für den Leserkreis unserer Zeitung

**Bestellungen**

auf obige Werke und Zeitschriften nicht nur, sondern auch auf alle übrigen Bücher, Zeitschriften und Musikalien, die bereits erschienen sind. Wir bitten Sie, Bestellungen an uns zu richten.

**Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.**
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

---

**Schmutz- u. gewaschene**
# Wolle
**kaufen wir an zu den höchsten Tagespreisen.** [383
Bemusterte Offerten erbeten.
**Bank Kwilecki Potocki i Ska.**
Tow. Akc.
Poznań, Aleje Marcinkowskiego 11.
Fernsprecher Nr. 3010, 3020, 3026, 3028, 3048, 1791.

---

Teatr Palacowy
**Vom 11. bis 17. Dezember:**
# Die Intrigantin
Ergreifendes Drama in 6 Akten darstellend die traurigsten Verhältnisse einer Schauspielerin.
In der Hauptrolle:
**MIA MARA.**

---

**Kaufleute u. Grundbesitzer!**
Kaufe jeden Posten [401
# Flachs=Stroh
auch Stroh und Heu gepreßt.
Zahle die höchsten Tagespreise. Regulierung pünktlich bei Verladen oder gegen Duplikat.
Empfehle als **Gegenlieferung** zu sehr günstigen Bedingungen
**oberschles. Kohlen und Kali=Düngesalze 42%.**
Planen werden gestellt.
**Eksport Rolny Kępno,**
ul. Warszawska 233. — Telephon 79.

---

**Nur noch 14 Tage bis Weihnachten!**



Jeder **einsichtige Geschäftsinhaber** wird die günstige Gelegenheit der

**Anpreisung von Geschenkartikeln**

im weit verbreiteten

**Posener Tageblatt**
(verbunden mit Posener Warte)

für das bevorstehende **Weihnachtsfest** sicher nicht unbenützt vorübergehen lassen! Bekanntlich ist vor dem Fest ein großer Bedarf an Artikeln aller Art.

Die zahlreichen Leser unserer Zeitung heißen jede Anregung willkommen und kaufen erfahrungsgemäß dort, wo sie Geschenkartikel preiswert angezeigt finden. Säume daher niemand, rechtzeitig vor dem Fest im **Posener Tageblatt** zu inserieren!

**Die Geschäftsstelle.**

---

**RASIERKLINGEN**
werden geschliffen in der ersten
Posener Schleifanstalt
A. Pohl, Zamkowa 6
und in der Filiale Kraczewskigo 15

---

**Karbid** [387
**Benzin**
**Maschinenöle**
**Maschinenfette**
**Petroleum**
empfiehlt
en gros & en détail
**M. Mrugowski**
vorm. Th. Müller,
Poznań. Św. Marcin 62.

---

**Christl. Gemeinde Lazarus,** ul. Małeckiego 36 I. 4: Poln. Gottesdienst. 6: Evangelisationsversammlung.

---

An
**deutsche Gutsbesitzer.**
Ich beabsichtige für mich und meine Verwandten
**größere u. kleinere Güter**
in der **Wojewodschaft Posen und Pommern** zu erwerben, eventuell im **Tauschwege gegen meine Häuser in Berlin.** Möglichst detaillierte Anträge erbeten an [4403
**Felix v. Cieński, Lemberg**
Technicka 1.

---

**Saug- und Druckpumpe,**
für Kraftbetrieb 3,5 cbm stündl. Leistung, Deutzer Fabrikat, U-Pumpe, Größe B, neu, **sofort zu verkaufen.**
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

---




---

Zu
**Geschenkzwecken**
empfehlen:
**Aus d. Ostlande**
Jahrgang 1917
elegant gebunden.
Ferner:
**Jugendland**
in verschied. Jahrgängen, sowie
**Posener Gesangbücher,**
in verschied. Ausgaben
Pos. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań
ul. Zwierzyniecka 6
(Tiergartenstr.)

---

**Spielplan des Großen Theaters.**

**Dienstag,** den 12. 12., abends 7½ Uhr: **„Konrad Wallenrod“,** Oper von Żeleński.

**Mittwoch,** den 13. 12., abends 7½ Uhr: **„Die Jüdin“,** Oper von Halevy. (Gastspiel Frau Maria Janowska-Kopczyńska.)

Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejbrowski ulica Fredry 1.

---

# Wanderspiele.

**Mittwoch 13 Dez., abends 8 Uhr,** im großen **Saal des Evangelischen Vereinshauses:**

**Moderner Abend.**

**Kokoschka; Mörder Hoffnung der Frauen. Kaiser; Claudius**

Eintrittskarten im Vorverkauf im Zigarrengeschäft von A. Gumnior, Viktoriastr., Ecke St. Martinstr. [4434

---

**Colosseum**
św. Marcin 65.
Vom 11.—17. XI. zum 1. Male in Poznań!
**Die Banknotenfälscher!**
Unvergleichliche Spannung hervorrufendes amerikanisches Sensations- und Detektivdrama in 6 Akten.
Ausserdem nichtendende Lachsalven hervorrufendes **Lustspiel.**

---

**14 verlassene Kinder**

sind in unserem Kinderheim. Wir haben für sie zu Weihnachten gar keine Spielsachen, gar keine Äpfel. Wir bitten sehr herzlich, uns zu helfen, den Kleinen den Weihnachtstisch zu decken. Außerdem fehlen uns ganze Schuhe für Kinder von 2—6 Jahren, Windeln und Gummiunterlagen für unsere Säuglinge. Auch um diese Sachen bitten wir recht herzlich.

**Pastor Pich.** ul. Gen. Prądzyńskiego 3, Poznań.

---

**Ich habe mich in Berlin als Rechtsanwalt niedergelassen und bin zum Notar ernannt**
Mein Bureau befindet sich in Berlin
**Potsdamer Strasse 76**
Telephon Lützow 6208
Meine bish. Praxis h. Herr Rechtsanwalt Borowicz übern.
**Dr. Fink, Rechtsanwalt.**

---

Standesamt Lüben i./Schles.
Nr. 63/22.

**Aufgebot.**

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht daß:
1. der Mühlenbesitzer **Kurt Grützmacher** wohnhaft in **Lubowo, Kreis Samter,**
2. und die unverehelichte **Maria Bertermann** ohne Beruf, wohnhaft in Lüben, die Ehe miteinander eingehen wollen.

Die Bekanntmachung hat in den Gemeinden Lüben und Lubowo und durch das „Posener Tageblatt zu erfolgen.

Etwaige auf Ehehindernisse sich stützende Einsprachen haben binnen zwei Wochen bei dem Unterzeichneten zu geschehen.

Lüben i./Schl., d. 4. Dez 1922

**Der Standesbeamte.**
In Vertretung:
**Berndt.** [4432

---

Junggeselle mit 14 Mill. Vermögen wünscht
**Einheirat**
oder Kauf von Landwirtschaft oder Geschäft.
Zuschr. unt. **B. 4401** an die Geschäftsstelle d. Zeitung erbeten.

---

**Weihnachtswunsch!**
Alleinstehende junge Dame, ev., mit gemütlichem Heim, wünscht Bekanntschaft mit Herrn aus besseren Kreisen zwecks eventl.
**Heirat.**
Gute Ersch., nicht unter 30 J. Offerten unter Nr. **4426** an die Geschäftsstelle dies. Blattes.

---

**1 eisernes Kochherd,**
**1 Spiegel und** [4428
**1 Schreibtisch**
zu verkaufen. **H. Lüdtke,**
Poznań, ul. Długa 6.

---

*Ein wasserfester Hochglanz ohnegleichen, ist durch*
**Urbin**
*nur zu erreichen!*

Hersteller: Urbin-Werke Chemische Fabrik G. m. b. H., Danzig, am Troyl.

---

**Passendes Weihnachtsgeschenk!**
Zu verkaufen: **Ein fast neuer eiserner Schlitten** mit Lehne und ein Paar tadellose **Schlittschuhe,** Gr. 25, **ul. Małeckiego 25, II rechts** (r. Bruzgowir.).

---

**Tausche** bis 4 Pfund rohe Schafwolle gegen 1 Pfd. ausländische Strickwolle **im Laden** Małe Garbary 1.

# Zwei Presseprozesse.

Am 6. Juli d. Js. stand der Hauptschriftleiter des „Pos. Tagebl." Dr. Wilhelm Loewenthal vor der dritten Strafkammer des Posener Bezirksgerichts unter der Anklage der Beleidigung von Behörden durch Behauptung und Verbreitung unwahrer Tatsachen „wider besseres Wissen" (§ 187 des Strafgesetzbuches). Es handelte sich damals um den Aufsatz „Wo sitzen die Hetzer?" in Nr. 212 des Jahrganges 1921 (6. November) des „Pos. Tageblattes". Die Verhandlung endete damals mit einem Freispruch des Angeklagten, weil der als Zeuge geladene Pastor Willigmann (Lissa) sich als Verfasser des Aufsatzes bekannte und die Verantwortung für den inkriminierten Aufsatz übernahm (§ 21 des Pressegesetzes).

Daraufhin wurde gegen den Pastor Willigmann Anklage erhoben und am 9. Dezember d. Js., ebenfalls vor der dritten Strafkammer, verhandelt. Der Angeklagte erbot sich, den Wahrheitsbeweis für das in jenem Aufsatz Behauptete in vollem Umfange zu führen. Der Gerichtshof sah jedoch von der Zeugenvernehmung ab und gelangte, entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts, zu einem Beschluß, durch den das Verfahren gegen den Angeklagten Pastor Willigmann eingestellt wurde, erstens wegen Verjährung, zweitens, weil weder die Staatsanwaltschaft noch einer der angeblich Beleidigten einen Strafantrag gestellt hatte.

Dieselbe dritte Strafkammer verhandelte unmittelbar darauf gegen den Hauptschriftleiter Dr. Wilhelm Loewenthal, der beschuldigt war, in dem Aufsatz „Was hat uns der Posener Ministerbesuch gebracht?" („Pos. Tagebl." Nr. 233, Freitag, 2. Dezember 1921) Staatsbehörden beleidigt zu haben (§ 186 und § 196 des Strafgesetzbuches). Die ursprünglich auf eine ganze Reihe von Punkten bezogene Anklage wurde im Verlaufe der Verhandlung auf zwei Punkte eingeschränkt, durch die das Posener Starostwo Grodzkie sich als beleidigt erachtete und wegen der es Strafantrag gestellt hatte. Der Angeklagte wies darauf hin, daß von dem Starostwo Grodzkie an beiden Stellen des Aufsatzes nicht die Rede sei und daß er auch bei Aufnahme des Aufsatzes in die Zeitung das Starostwo Grodzkie gar nicht im Auge gehabt habe. Wenn an den fraglichen Stellen die Worte „Die Herren Starosten" gebraucht seien, so solle das natürlich heißen, daß solche Dinge wie die in dem Aufsatz behandelten, überhaupt vorgekommen seien, nicht aber, daß jeder einzelne Starost so gehandelt habe, wie in dem Aufsatz dargestellt sei. Anders seien die unter Anklage gestellten Stellen von deutschen Lesern auch schwerlich verstanden worden.

Der Vertreter der Anklage hielt daran fest, daß das Starostwo Grodzkie berechtigt sei, sich durch die angeführten Stellen für beleidigt zu halten. „Wenn wirklich das vorgekommen ist, was in dem Aufsatz behandelt wird, nämlich daß „sich die Herren Starosten die Mitgliederlisten der Deutschtumsorganisationen vorlegen lassen, um dann den Verzeichneten zu erklären, daß ihnen ernste Schwierigkeiten gemacht werden würden, falls sie weiter Mitglieder ihrer nationalen Organisation blieben", oder daß Zeitungen entgegen den Bestimmungen der Verfassung unter Präventivzensur gestellt wurden, — **dann haben sich die betreffenden Beamten eines Übergriffs und einer Verletzung der Verfassung schuldig gemacht."** Hier, im Amtsbereich des Starostwo Grodzkie, sei das nicht vorgekommen, darum sei diese Behörde berechtigt, in den beiden angeführten Stellen eine Behauptung unwahrer Tatsachen zu sehen, die geeignet sei, sie „verächtlich zu machen oder sie in der öffentlichen Meinung herabzusetzen". Er beantragte 10 000 Mark Geldstrafe, Beschlagnahme der Zeitungsnummer, in der der inkriminierte Aufsatz veröffentlicht war, und Publikationsbefugnis für die beleidigte Behörde.

Das Urteil lautete dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend.

# Kalender.

**Der vom Verband deutscher Genossenschaften in Polen herausgegebene Landwirtschaftliche Kalender für Polen** ist zum vierten Male erschienen (1923) und bringt auch in dieser seiner neuen Ausgabe auf 137 Seiten reichen und vielseitigen Stoff, nämlich außer dem Kalender, der bei jedem Monat das Wichtigste über Geflügelzucht, Jagd, Bienenzucht, Fischerei, Landwirtschaft und Gartenbau sagt, eine Anzahl von Aufsätzen landwirtschaftlichen Inhalts und andere belehrende Aufsätze, vorzugsweise über Fragen, die mit dem Leben der Deutschen in Polen zusammenhängen, ferner Unterhaltendes in Prosa und in Versen, Gesellschaftsspiele und Heiteres sowie Verzeichnisse der europäischen Staaten, der deutschen Gesandtschaften und Konsulate, der polnischen Konsulate in Deutschland, der wichtigsten polnischen Behörden, der deutschen Zeitungen und Zeitschriften in Polen, der deutschen Bauernvereine, der deutschen Genossenschaftsverbände in Polen und im Freistaat Danzig, der höheren deutschen Privatschulen im Abtretungsgebiet und der Jahrmärkte im Jahre 1923 für Posen, Pommerellen, Oberschlesien, Freistaat Danzig, Regierungsbezirk Schneidemühl. — Die Verzeichnisse sind der schwächste Teil des sonst sehr empfehlenswerten Kalenders. Es fehlte in ihnen Verschiedenes, was nicht fehlen dürfte. Unvollständig ist z. B. das Verzeichnis der höheren deutschen Privatschulen im abgetretenen Gebiet, und es fehlen hier merkwürdigerweise gerade — die Posener Schulen. Warum die wichtigsten Behörden von Warschau, Graudenz und Lodz angeführt sind, nicht aber die von Posen und Bromberg, ist nicht recht einzusehen. Und noch eine kleine Ausstellung mag um der Sache willen erlaubt sein: ist es wirklich nötig, daß innerhalb des deutschen Textes, in einer deutschen Überschrift, die Verbindung „zu Poznań" vorkommt? (S. 49.) Das dürfte in einem deutschen Kalender unter keinen Umständen zugelassen werden. In Briefaufschriften und in offiziellen Schriftstücken ist die Schreibung der polnischen Form angebracht, innerhalb eines deutschen Textes aber ist sie ebenso wenig zulässig wie etwa der Satz „Lenin lebt in Moskwa" oder die Verbindung „der Papst in Roma". — Von diesen kleinen Schönheitsfehlern abgesehen, kann der Kalender nicht nur den Landwirten, sondern allen Deutschen überhaupt warm empfohlen werden. Er ist im Verlag des Landwirtschaftlichen Zentralwochenblattes in Polen erschienen, bei A. Dittmann in Bromberg sorgfältig hergestellt und kostet 1200 M.

**Ein ukrainischer Volkskalender für das Jahr 1923** (in ukrainischer Sprache) ist im Verlage der Gesellschaft „Proswita" in Lemberg erschienen. Er enthält außer dem Kalender- und Auskunftsteil, der natürlich besonders die für Ostgalizien wichtigen Angaben bringt, eine große Anzahl von literarischen und volkstümlich-wissenschaftlichen Aufsätzen, ferner Abhandlungen über soziale Fragen und über Fragen des Lebens in Ostgalizien, ukrainische Lieder, Nachrufe auf die Toten des Jahres 1922 sowie einige medizinische und tierärztliche Fingerzeige. Zur Orientierung des deutschen Lesers über die vorzugsweise behandelten Fragen seien einige Überschriften aus dem Inhaltsverzeichnis angeführt: Aus der Geographie der Ukraine (Sumcow), Aufgaben und Pflichten der Intelligenz (Luckiewicz), Wozu gründen wir Genossenschaften? (Pelenski), Vom Geist der Genossenschaften (Korbet), Die Lage Ostgaliziens vom Standpunkt des Völkerrechts (Lozinski). Der Kalender ist reich illustriert.

# Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 11. Dezember.

## Ein „glänzender" Erfolg!

Unsere Artikel, in denen wir gegen den wahnsinnig hohen Zuckerpreis von 700 bzw. 750 Mk. zu Felde zogen, scheinen an den zuständigen Stellen völlig mißverstanden worden zu sein, wie man das aus der Tatsache schließen darf, daß der Zuckerpreis heute schon nicht mehr den oben angegebenen Preis, sondern 900 Mk. für das Pfund, **das heißt das 4500fache des Friedenspreises,** beträgt. Der Zucker scheint demnach den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen zu wollen, in der Frage der Preissteigerung jeden Rekord schlagen und die mangelnde Güte des Zuckers, die weit hinter derjenigen der Vorkriegszeit zurückbleibt, durch ganz unglaubliche Phantasiepreise ersetzen zu wollen, und das in einem Landesteil, in dem die Zuckerfabrikation einer der blühendsten Fabrikationszweige überhaupt ist. Schuld an dem neuesten Zuckerpreise ist auch wieder nicht der Großhändler und der Kleinhändler, denn der Letztere muß bei einer gleichzeitigen Erhöhung des Großhandelspreises an den Großhändler 810 Mk. für das Pfund zahlen, und man wird bei den heutigen Spesen usw. einen Zuschlag von 90 Mk. für das Pfund nicht als zu hoch ansprechen können. Eine Erklärung für diese ganz ungewöhnliche Preissteigerung eines der allerwichtigsten und notwendigsten Lebensmittel findet man in der Tatsache, daß auf Verfügung des Ministerrats die Zuckersteuer vom 30. November ab von 15 000 Mk. auf 30 000 Mk. erhöht worden ist, das macht auf das Pfund eine Staatssteuer von 300 Mark. Da bisher bereits 150 Mk. Staatssteuer gezahlt worden sind, so handelt es sich um eine neue Steuer von 150 Mk.. Rechnet man diese zu dem alten Zuckerpreise von 700 bzw. 750 Mk. hinzu, so erhält man damit einen neuen Zuckerpreis von 850—900 Mk. Die Berechnung des heutigen Zuckerpreises ist mithin sehr einfach. Es erhebt sich nur die Frage, ob es in der jetzigen Zeit, in der so manchen ob der wahnsinnigen Preissteigerungen ein gelindes Grausen, richtiger schon die Verzweiflung packt, durchaus notwendig war, durch Erhöhung der Zuckersteuer eine amtliche Preissteigerung eines der wichtigsten Artikel des täglichen Bedarfs vorzunehmen. Diese Preiserhöhung erscheint um so unbegreiflicher, als von zuständiger amtlicher Warschauer Stelle eine Anordnung getroffen war, eine Preissenkung mit allen zulässigen Mitteln auf allen Gebieten herbeizuführen. **Und hier zeitigt eine Maßnahme des Ministerrats mit Naturnotwendigkeit eine ungeheure steuerliche Belastung auch des ärmsten Mannes.** Glaubt man durch derartige Steuererhöhungen wirklich die schon längst angekündigte, bisher aber niemals eingetroffene Preissenkung herbeiführen zu können? Wir und mit uns alle Konsumenten sind der Meinung: Nein. Schon hört man in der Bevölkerung die Ansicht aussprechen, daß die ehedem als utopistisch von uns angesehenen russischen Preise auch bei uns im Anzuge sind. Angesichts der neuen ungewöhnlichen steuerlichen Belastung des Zuckers ist es verständlich, daß die vom Magistratstische in Posen vor etlichen Monaten abgegebene Erklärung, der neue Zuckerpreis werde höchstens 50 Mk. höher sein als der vorjährige (statt 500 Mk. jetzt 550 Mk.), nicht zutreffen konnte. Man ersieht daraus, daß die einen amtlichen Stellen von anderen amtlichen Stellen manchmal recht gründlich desavouiert werden. Unter der abermaligen Zuckerpreissteigerung erhebt sich ferner die Frage: wie kommt es, daß gewisse Kreise immer noch den Zucker zum Preise von 500 Mk. erhalten, und daß zum Beispiel bei der Zgoda der Zucker immer noch erheblich billiger abgegeben werden kann, während die Mehrzahl der Verbraucher den exorbitant hohen Preis von 860 bis 900 Mk. bezahlen muß? Wir sind der Meinung: gleiches Recht für alle sollte in dem demokratischen Staate Polen oberster Grundsatz sein. Wir sind ferner der Meinung, daß, wenn jeder Bürger der Republik Polen, einerlei ob Beamter oder Angehöriger eines freien Berufes, den gleichen Zuckerpreis bezahlen müßte, dieses doch einen gewissen Eindruck auf solche Maßnahmen machen würde, durch die so ungewöhnliche Preissteigerungen, wie die gegenwärtige für den Zucker, mit Naturnotwendigkeit folgen müssen. **hb.**

## Lebensmittelpreise im November.

| Gegenstand | Deutschland | Richtpreis für Polen | Polen |
|---|---|---|---|
| Rindfleisch | 380—530 | 800 | 800—850 |
| Kalbfleisch | 410—550 | 850 | 800—900 |
| Hammelfleisch | 450—570 | 750 | 750—800 |
| Schweinefleisch | 500—750 | 1200 | 1300—1500 |
| Butter | 1400—1540 | 3500 | 3600—3800 |
| Margarine | 900—1180 | 2300 | 2400—2600 |
| Schmalz | 1400—1500 | 3100 | 3200—3500 |
| Rindertalg | 1100 | 2800 | 2800-3000 |
| Speisekartoffeln | 7 20—7,70 | 25 | 25 |
| Kaffee | 2500—3700 | 6000 | 6000—7500 |
| Tee | 1400—3500 | 6000 | 6000—6500 |
| Kakao | 800—1600 | 4000 | 4000—4500 |
| Zucker | 175—180 | 700 | 800—900 |
| Mehl | 230—275 | 700 | 700—750 |
| Ein Ei | 73—78 | 150 | 150—160 |
| Weißkohl | 9—10 | 20 | 20—25 |
| Rotkohl | 15—20 | 40 | 40—60 |
| Birnen | 30—60 | 150 | 150—300 |
| Äpfel | 40—50 | 160 | 130—250 |

# **Das „Evangelische Kinderheim" in Wilda, ul. Gen. Prądzyńskiego 3** (fr. Gneisenaustraße), das dem Evangelischen Erziehungsverein gehört, ist eine von den Einrichtungen, die fast gar nicht bekannt sind. Und doch steht es jetzt 25 Jahre lang im Dienst der verlassenen evangelischen Kindes unseres Gebietes. Daß es so wenig bekannt ist, hat wohl seine Ursache mit darin, daß es keine eigentliche Anstalt ist. Es nimmt nicht wie Kinderheime sonst, Kinder zu dauerndem Aufenthalt auf, damit sie hier erzogen werden, sondern es will lediglich den Kindern eine Zufluchtsstätte sein, in der sie sich äußerlich erfrischen und innerlich erquicken können, wenn sie aus leiblicher und seelischer Not heraus ins Heim kommen. Die Zahl der Kinder im Heim wechselt ständig. Bald sind 2, bald 8, 12, 20 Kinder da. Jetzt sind es 14. Im Jahre 1922 hat das Kinderheim etwa 200 Kindern dienen dürfen. Da ist naturgemäß der Bedarf an Kleidung und Wäsche sehr groß, denn die meisten Kinder kommen mit völlig abgebrauchter Kleidung, sehr oft ganz ohne Hemden, Schuhe und Strümpfe. Das Kinderheim kann sie so nicht lassen und nicht weitergeben. Sie werden instand gesetzt, kommen in Pflegestellen und machen andern Kindern Platz, die sich in gleicher Not befinden. Und wieder soll geholfen werden. Der Evangelische Erziehungsverein bittet alle, die ein Herz für Kindernot haben, ihm im Kampfe gegen diese Not hilfreich zur Seite zu stehen. Jede Gabe an Lebensmitteln Kleidung, Wäsche wird dankbar angenommen.

# **Moderner Abend der Wanderspiele.** Auf die Aufführung der beiden expressionistischen Dramen „Claudius" von Georg Kaiser und „Mörder Hoffnung der Frauen" von O. Kokoschka sei noch besonders hingewiesen. Georg Kaiser **ist der bedeutendste Vorkämpfer des modernen expressionistischen Dramas.** Kokoschka ist einer jener deutschen Malerdichter, deren Dramen durch eine ungeheure farbige Wucht und dessen Malereien wiederum durch eine gewisse dramatische Wirkung große Bedeutung erlangt haben. Die beiden Dramen, die hier zur Aufführung gelangen, gehören zu den wertvollsten der jungen Literatur. Es handelt sich darin um das Thema Mann und Weib in packender Gestaltung. Die Aufführung findet am 13., abends 8 Uhr, im großen Saal des Evang. Vereinshauses statt, nicht, wie anfänglich mitgeteilt wurde und auf den Eintrittskarten vermerkt ist, am 14. Eintrittskarten sind in der Zigarrenhandlung von A. Gumnior zu haben.

# **Deutsche Vortragsveranstaltungen.** Wie schon mitgeteilt wurde, hat ein neuer Anfängerkursus für Stenographie begonnen. Er findet in der Mittelschule in der früheren Ritterstraße (ul. Franciszka Ratajczaka) statt. Teilnehmer können sich noch melden, und zwar Montag und Donnerstag von 7 Uhr ab. Der Buchführungskursus findet am Mittwoch von 6 bis 8 Uhr im Evangelischen Vereinshaus statt. Der polnische Sprachkursus für Fortgeschrittene findet jetzt am Montag und am Donnerstag von 6 bis 7 Uhr statt, der polnische Sprachkursus für Anfänger, wie bisher, an denselben Tagen von 7 bis 8 Uhr. — Der dritte Vortrag der Vortragsreihe „Polen" findet in dieser Woche ausnahmsweise nicht am Mittwoch, sondern am Freitag statt, und zwar im kleinen Saal des Evangelischen Vereinshauses (abends 8 Uhr). Das Thema dieses Vortrags ist: „Die polnische Sprache. Eine kulturhistorische und sprachgeschichtliche Charakteristik." — Der nächste Vortrag von Pastor Lic. Schneider („Steiners Anthroposophie") wird am Dienstag dieser Woche (dem 12. Dezember) von 7¼ bis 8 Uhr im Vortragszimmer des Evangelischen Vereinshauses gehalten.

# **Die Deutsche Kunstausstellung,** die am 8. Dezember in den Räumen des Vereins junger Kaufleute (Altes Stadttheater, Plac wolnosci) eröffnet wurde, ist bis zum 20. Dezember täglich von 11 bis 3 Uhr geöffnet.

# **Goldenes Geschäftsjubiläum.** Morgen, Dienstag, feiert die Firma Wolff Schmul-Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 139, ihr fünfzigjähriges Geschäftsjubiläum. Die Inhaber der Firma sind Leo und Moritz Steinitz, Söhne des Gründers Wolff Schmul. Die Firma war bis vor drei Jahren in Janowitz ansässig und eins der ältesten und angesehensten Häuser.

# **Miljonówkaziehung.** In der 111. Miljonówkaziehung am Sonnabend fiel das Los auf die Nr. 4 894 862, die von der Postsparkasse in Warschau verkauft worden war.

# **Die Eröffnung der 1. Posener Hausindustrieausstellung findet morgen,** Dienstag, um 12 Uhr mittags im Zoologischen Garten in Posen statt. Die Ausstellung dauert bis Montag, den 18. d. Mts.

**Beerdigung.** Der durch Mord in Ausübung seines Berufes ums Leben gekommene Kriminalbeamte Josef Wolek wurde Sonntag nachmittag von dem St. Josef-Hospital nach dem Pfarrkirchhofe an der Buker Straße übergeführt. Im Trauerzuge befand sich ein großes Gefolge, Deputationen der Polizei und Gendarmerie sowie der Militär-Automobilkolonne. Von dem Mörder ist bisher noch keine Spur gefunden worden.

X **Zwei Schüler verschwunden.** In den letzten Novembertagen hat sich der 14jährige Schüler Witold Dekiert aus der elterlichen Wohnung in der ul. Rom. Szymańskiego 10 (fr. Wienerstraße) entfernt und ist bisher nicht zurückgekehrt. Er ist 1,36 Meter groß, schlank, hat hageres Gesicht, blonde Haare, auf der Nase eine Schnittnarbe; die Ohrläppchen sind ihm der ganzen Länge nach angewachsen. — Seit dem 6. Dezember ist ferner der gleichfalls 14jährige **Schüler Leo Leszczniewski** aus der elterlichen Wohnung in der ul. Półwiejska 20 (fr. Halbdorfstraße) spurlos verschwunden. Er ist mittelgroß, hat dunkle Haare, blaue Augen, war bekleidet mit dunklem Überzieher grünlicher Jacke, schwarzer kurzer Samthose, schwarzen hohen Schnürschuhen, schwarzen Strümpfen und grauer Gymnasiastenmütze.

X **Wegen Verdachts des Kindesmords** ist das 22jährige Dienstmädchen Julja Rempowska, das bei einer Herrschaft in der Św. Wojciech (fr. St. Adalbertstraße) in Stellung war, in Untersuchungshaft genommen worden. Es hatte im Oktober d. Js. einem Kinde das Leben gegeben und dieses unmittelbar nach der Geburt durch Zuhalten des Mundes erstickt und darauf die kleine Leiche in ihrem Reisekorbe unter der Wäsche verborgen, wo sie jetzt gefunden wurde.

# **Ein idealer Heiratskandidat.** In einem hiesigen polnischen Blatte fand sich kürzlich folgende Heiratsanzeige: „Idealist, 25 Jahre alt, katholisch, sucht Frau. Gnädige Damen bitte ich, sich mit vollem Vertrauen zu wenden an . . . ."

X **Diebstähle.** Sonnabend abend wurden durch einen Einbruch in der ul. Reya 1 (fr. Charlottenstraße) ein Opossum-Herrensportpelz mit schwarzem Krimmerkragen im Werte von 1 200 000 M., aus dem Kürschnergeschäft in der ul. Głogowska 97 (fr. Glogauer Straße) ein Damenkragen aus dunkelbraunem Fuchspelz und aus dem Hause ul. Słowackiego 31 (fr. Karlstraße) große Mengen Wäsche, gez. E. M., Damenkleider, ein Flauschmantel usw. im Werte von mehr als einer Million Mark gestohlen.

* **Bromberg,** 9. Dezember. Gestern ereignete sich auf der Chaussee von Hopfengarten nach Bromberg ein Automobilunglück. Ein hier wohnhafter bekannter polnischer Sportsmann namens Wynicki kehrte von einem Ausflug mit seinem Auto nach Bromberg zurück. Dabei versagte in der Nähe von Hopfengarten die Steuerung, und das Auto fuhr gegen einen Chausseebaum. Die Insassen, der Besitzer des Autos und ein Offizier der hiesigen Garnison, wurden herausgeschleudert und blieben besinnungslos liegen. Aus der nahen Ortschaft war Hilfe bald zur Stelle. Glücklicherweise wurde niemand schwer verletzt.

* **Bromberg,** 10. Dezember. Die „Deutsche Rundschau" berichtet in ihrer Sonntagsausgabe unter der Stichmarke „Brotpreis und Bäckerinnung" folgendes: Am Montag, dem 4. d. Mts., mußten elf Bäckereiinhaber aus Bromberg auf der Anklagebank Platz nehmen, um sich wegen Überschreitung einer Polizeiverordnung bzw. Wuchers zu verantworten. Es fielen Strafen von 5000 M. bzw. 10 000 M., außerdem wurden die Angeklagten zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt. Das Vergehen der Angeklagten bestand darin, daß sie seinerzeit einen Brotpreis nahmen, welcher den Behörden eingereicht und in den Zeitungen öffentlich bekanntgemacht war, nur waren die eingereichten Preisverzeichnisse noch nicht amtlich unterstempelt. Gegen die Urteile ist Berufung eingelegt worden. Hierzu schreibt uns die Bäckerinnung: „So anerkennenswert es ist, daß die Behörden den Kampf gegen die Teuerung energisch aufnehmen wollen, so wäre doch zu wünschen, daß sie damit an der Quelle anfingen. Durch Verordnungen, die einseitig gegen ein Gewerbe gerichtet sind, kann dieses Ziel aber nie erreicht werden. Es wird damit höchstens erreicht, daß ein ganz ehrbares Gewerbe auf die Anklagebank gebracht wird. Es ist doch unmöglich, eine Verordnung einzuhalten, die von einem Gewerbe verlangt, seine Preise für 14 Tage festzulegen, wo andererseits die Materialien, wie Mehl usw., täglich, sogar stündlich steigen. Daher verlangt ein ganzes Gewerbe die sofortige Aufhebung dieser unhaltbaren Verordnung."

* **Culm,** 6. Dezember. Ein hiesiger Geschäftsmann sandte seinen jungen Mann nach Thorn, um eine Million von der dortigen Bank zu holen. Er bewahrte diese in einer Aktenmappe auf und trug sie unter dem rechten Arme, mit der linken Hand den vorderen Teil der Mappe festhaltend. Als er den Heimweg antreten und im Gedränge auf dem Bahnhofe eine Fahrkarte lösen wollte, wurde ihm die hintere Hälfte der Mappe von Taschendieben glatt abgeschnitten. Da sich jedoch die

Banknoten in der vorderen Hälfte befanden, hatten die Langfinger das Nachsehen, und der junge Mann kam mit dem Schrecken davon.

* **Inowrocław,** 8. Dezember. Der „Kuj Bote“ veröffentlicht folgenden, leider nur zu berechtigten Stoßseufzer: „Unsere Herren Bäckermeister lassen sich vom 7. d. Mts. für ein Dreipfundbrot 950 M. und für eine Semmel 50 M. zahlen. Als Ursache der Preiserhöhung gibt die Bäckerinnung die Verteuerung sämtlicher Materialien an. — Kann denn diese katastrophale Geldentwertung von niemand aufgehalten werden?“

* **Konitz,** 6. Dezember. Der hiesige Jagdschutzverein hielt auf einem Teiljagdgebiet der Gemarkung Konitz eine Treibjagd ab. Hierbei wurden 46 Hasen und ein Fuchs geschossen. Jagdkönig wurde der praktische Arzt Dr. Neumann von hier mit sieben Hasen.

* **Rawitsch,** 8. Dezember. **Was das Betteln in heutiger Zeit einbringt,** zeigt folgender Fall: In einem benachbarten Dorfe erbettelte sich in voriger Woche ein von auswärts hergekommener einarmiger Mann in den einzelnen Wirtschaften Getreide. Seine Erträge verkaufte er an den Müller des Ortes, der ihm dafür über 43 000 M. ausgezahlt hat.

* **Thorn,** 10. Dezember. **Das älteste Thorner deutsche Blatt,** die „Thorner Zeitung“, die allerdings bald nach der Übernahme durch Polen in polnischen Besitz überging (Drukarnia Toruńska T. A.) stellt, wie die der „Deutschen Rundschau“ gemeldet wird, mit dem 31. Dezember d. J. ihr Erscheinen ein. Die Deutschen betrachteten es ohnehin nicht als ein Blatt, das ihre Interessen vertrat und infolgedessen wurde es nur wegen des Mangels eines anderen deutschen Lokalblattes von einer geringen Anzahl Leser gehalten.

* **Treuhausen,** 8. Dezember. Dieser Tage **brannte** im Ansiedlungsdorf **Blandau** die **katholische Kirche** vollständig **nieder.** Die Entstehungsursache ist unbekannt. Die Kirche zählte gegen 500 Jahre.

schn. **Wreschen,** 9. Dezember. **Ein tragisches Geschick** ereilte die ehemalige Gastwirtsfamilie **Rutten** aus Sendschau. Die Familie war von ihrer Pachtstelle exmittiert worden und sah sich gezwungen, nach Sagan ins Barackenlager überzusiedeln. Bereits einige Stationen vor Sagan entfernte sich Rutten der überdies noch sehr schwerhörig war von seinen Angehörigen und war seitdem verschollen. Im Lager erkrankte die Frau infolge der Reiseanstrengungen und der Aufregung und starb bald darauf, so daß die 70jährige Großmutter mit ihrer 15jährigen Enkelin nun allein dasteht. Jetzt gelangten Nachrichten hierher, daß sich Rutten in Liegnitz im Krankenhause befindet, nachdem vorher sein Vorsatz, seinem Leben durch Ertränken ein Ende zu bereiten, noch durch rechtzeitig hinzugekommene Leute verhindert worden war.

### Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lodz,** 6. Dezember. Die **Arbeiter** der Fabrik von Gampe u. Albrecht **sperrten den Direktor im Kontor ein,** um ihn zur Annahme wirtschaftlicher Forderungen zu zwingen. Es traf alsbald eine Patrouille ein, welche die Arbeiter zerstreute und den Direktor befreite. Einige Personen wurden verhaftet.

## Aus dem Gerichtssaale.

* **Memel,** 10. Dezember. **Bestrafter Fünfmillionendiebstahl.** Wegen eines im Juli 1921 verübten Fünfmillionendiebstahls auf dem hiesigen Postamt verurteilte das hiesige Schwurgericht den Postschaffner Karl Gaul zu sechs Jahren Gefängnis, seinen Vater und seine Mutter wegen wissentlichen Beistandes zu vier bzw. sieben Jahren Gefängnis und seinen Bruder Willy wegen schwerer Urkundenfälschung zu acht Jahren Zuchthaus.

## Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn im Briefumschlag Freimarke beiliegt.)

**W. L. in Zb.** Briefliche Auskunft erteilen wir nur in Ausnahmefällen. 1. Die Option hat mit dieser Auswanderung nichts zu tun, da der Friedensvertrag ausdrücklich lautet, daß die Optanten das Recht haben, in den nächsten zwölf Monaten, das heißt bis zum 10. Januar 1923 ihren Wohnsitz in den Staat zu verlegen, für den sie optiert haben (in Ihrem Falle also Deutschland). 2. Uns sind irgend welche Schwierigkeiten in dem von Ihnen angegebenen Sinne nicht bekannt. Die hiesige standesamtliche Trauung ist auch dort rechtsgültig.

**Gr. in J.** 1. Wenn Sie das „Pos. Tagebl.“ aufmerksam lesen würden, dann müßten Sie in der Donnerstag-Ausgabe (Nr. 277) etwas über die Emigrantensteuer gelesen haben, das diese Frage überflüssig macht. 2 Devisenbank ist in Posen die Danziger Privat-Aktien-Bank in der ul. Pocztowa (fr. Friedrichstr.). 3. Ob Sie das Gewehr zurückbekommen werden, und wie hoch die Strafe ausfallen wird, können wir Ihnen beim besten Willen nicht sagen.

**M. H. 2.** Sie werden zweifellos an Ihrer Absicht behindert werden.

## Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Ich gehöre zu denjenigen, die im ehemals preußischen Teilgebiet geboren sind und nur vor dem polnischen Amt allein optiert haben, und habe bisher vergeblich auf Ordnung dieser Optionsangelegenheit durch die beteiligten beiden Regierungen gewartet. Es scheint so, als ob diese Regelung noch länger auf sich warten lassen wird, weshalb ich meine Wiedereinbürgerung in den polnischen Staatsverband beantragt habe und meinen Landsleuten auch denjenigen, die im Jahre 1920 durch Zwang vor den Militärbehörden optieren mußten, den Rat erteilen möchte, gleichfalls ihre Wiedereinbürgerung nachzusuchen.

Ein Bürger.

## Handel, Gewerbe und Verkehr.

### Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 11. Dezember 1922.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

| | | | |
|---|---|---|---|
| Weizen . . . . | 67 000–7[illegible]00 | Roggenmehl 70 (inkl. Säcke) | 58 500–61 500 |
| Roggen . . . . | 38 500–39 50[illegible] | Weizenkleie . . . | 21 000 |
| Braugerste . . . | 35 [illegible]00–37 00[illegible] | Roggenkleie . . | 20 [illegible]00 |
| Hafer . . . | 37 000–39 0[illegible] | Fabrikkartoffeln . | —.— |
| Weizenmehl 65 % (inkl. Säcke) | 95 000–100 00[illegible] | Speisekartoffeln . | —.— |

Marktsituation fortgesetzt ungeklärt. — Stimmung: ruhig.

### Danziger Mittagskurse vom 11. Dezember.

Polnische Mark in Danzig . . . . . 46½

Dollar in Danzig . . . . . . . . . . . . 8300

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.

Verantwortlich: für den politischen Teil: Dr. Martin Reißler; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.